

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmenpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierjährlich. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die Gezahlte Zeitung mit 20 Pf. berechnet, bei zweimaliger Rückholung wird Rabatt gewährt. Bereisungsgegen 25 Pf. Dienste müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 74.

Dresden, Mittwoch den 2. April 1913.

24. Jahrg.

Der Landesverband Nordbayern des Hansabundes protestiert entschieden gegen die Deckungsvorlagen.

Der Sohn hat dem Haufe Hohenzollern Frieden gewilligt. Er hat dafür einen Orden bekommen.

An der Flottendemonstration gegen Montenegro wird der bürgerliche Streiter Dresden teilnehmen.

Der Bürgermeister von Niedersachsen ist wieder einmal abhanden gekommen.

In der Solinger Gegend ist eine große Anzahl Personen nach dem Genuss von Pferdefleisch an Fleischvergiftung erkrankt.

In Griechenland kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bulgaren und Griechen.

Militarismus und Demokratie.

Die Jungen lieben die Kriege. Sie leben in ihr nicht bloß eine Versorgungsanstalt für ihre Söhne, sondern auch das stärkste Vollwert ihrer politischen Vorherrschaft. Wenn es in Preußen Wahlrechtsdemonstrationen gibt, wird allemal das Militär in den Kasernen konzentriert. Man ist bereit, wenn es darum geht, dass elendeste aller Wahlsteme auch mit Karabinern zu verteidigen.

136 000 Soldaten mehr, das heißt unter den bestehenden Verhältnissen zunächst auch 136 000 bis an die Zähne bewaffnete Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts mehr. Dazu kommen noch die 27 000 Pferde. Sie sind gegebenenfalls besonders nützlich: man kennt ja den Wert der Kavallerie aus dem letzten Kriegskrieg und den Attaden der berittenen Schützen in Berlin. Ein Reiterschwarm, der mit geschwungenen Säbeln oder gefallenen Lanzen tödesmutig heranrückt, macht auf eine unbewaffnete Menschenmenge einen außerordentlich starken Eindruck, besonders wenn sich auch Frauen und Kinder in ihr befinden. Jene Säbel und Lanzen, denen sich allenfalls ja noch die Karabiner und Maschinengewehre hinzugesellen können, sind nach der politischen Gewalttheorie des Junkerhums die Schulen, auf denen der preußische Staat ruht.

Wer Politik treibt, gewöhnt sich bald das Staunen ab, über eine gelinde Bewunderung überkommt einen doch angenötigte militärische Freiheit des Junkerhums, das sich stellvertretend für darüber, dass die Vertreter der arbeitenden Massen im Reichstage jede Forderung des herrschenden Militarismus ablehnen. Steuern zahlen müssen wir alle und seine zwei Jahre abdienen muss auch jeder, der da ausgebunden wird. Es ist ein Zwang, dem man sich fügt. Aber von den sozialdemokratischen Abgeordneten verlangen, sie sollten aus freiem Willen Geld für die Gewalt bestrafen, die man unter Umständen gegen ihre Wähler richtet will, und in ein patriotisches Zetergejöche ausbrechen, weil jene zu solchen Diensten nicht zu h' den sind, heißt der Junkerhums die Krone aufzusetzen. Nicht minder widerwärtig wirkt das Treiben jener bürgerlichen Parteien, die zwar den brutalen Gewaltstandpunkt des Junkerhums nicht teilen, die aber trotzdem in patriotischer Entstaltung mitmachen, weil die Sozialdemokratie kein Geld und keine Soldaten für die Krone bewilligt.

Über einigermaßen ethische und objektiv Denkende möglicherweise, dass wenigstens unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen jede Bewilligung von Mitteln für das Militär durch die Sozialdemokratie eine glatte Unmöglichkeit ist. Ja, jeder bürgerliche Abgeordnete, in dessen Mund das Wort Freiheit nicht bloß Schall und Rauch ist, müsste den Standpunkt der Sozialdemokratie nicht nur begreifen, sondern ihn auch teilen. Solange die herrschende Kaste Preußen-Deutschlands das sogenannte Volksschiff als williges Werkzeug in ihrer Hand betrachten darf, so lange die Armeen dazu missbraucht wird, ein offensichtliches, von aller Welt erkanntes und verdommtes Unrecht zu beschützen, solange müsste auch für jeden bürgerlichen Abgeordneten, der ein wahrlicher Volksverteiler sein will, die Worte gelten: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Endessent weiß ein wenn auch kleiner Teil der bürgerlichen Presse im Einfluss mit der Sozialdemokratie auf einen anderen Weg hin, sich mit dem herrschenden Militarismus demokratisch auseinanderzusetzen, nämlich auf die Möglichkeit innerer Reformen in der Armee. Das Heer kann den Jungen nur deshalb als die Exekutive ihrer Parteiorganisation gelten, weil es seine Massen zu seinem Stab übergekommen erzieht, während sich seine Beziehung in den Händen des Junkerhums selber befindet. Zu welchen Mächtändern der herrschende Kastengeist und Rassenkünftl. geführt hat, darüber kann man auch in der bürgerlichen Presse manche erbauliche Betrachtung finden, und man darf darauf hingehen, inwieweit die bürgerlichen Parteien die sich bietende große Gelegenheit ausnutzen werden, um diesen Mächtändern ein Ende zu bereiten. Wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht auf den Standpunkt der Negation stellen wollen, der gegenüber diesem Militarismus der allein richtig ist, so sollten sie sich doch verpflichtet fühlen, die Bewilligung des angeblich „Montenegrinischen“ von weitgehenden Bedingungen bezüglich der inneren Reorganisation des Heeres abhängig zu machen. Hierzu gehören: Sicherung der allgemeinen Dienstzeit, Aufhebung des Einjährigen-Privilegs, Offiziersversatz aus dem Unteroffiziers-

Korps, Zulassung der Juden zur Offizierslaufbahn, besserer Schutz der Mannschaften vor Misshandlungen, Besetzung der Quellmündungen, Unterstellung der Militärpensionen unter die Strafgerichtsbarkeit u. a. mehr. Die Heeresverwaltung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gezwungen, solche Bedingungen anzunehmen, wenn sie nicht mit ihren Forderungen durchfallen will: Es liegt also in der Hand der bürgerlichen Parteien, alle Versprechungen wahr zu machen und die Armeen in ihrer inneren Organisation einem wirklichen Volksheer wenigstens einigermaßen anzunähern. Jetzt oder nie!

Diese grundlegend ablehnende Haltung wird die Sozialdemokratie nicht hinüber, solche positive Arbeit energisch zu unterstützen, und der Wert dieser Unterstützung wird dadurch nicht verringert, dass die Sozialdemokratie auch eine verbesserte Militärvorlage schließlich ablehnen wird. Denn das die verbliebenen Regierungen eine solche verbesserte Vorlage nicht zum Gesetz machen oder das die Rechte gegen sie stimmen würden, ist auf keinen Fall anzunehmen.

Den bürgerlichen Parteien fehlt also, wenn sie auch diesmal wieder gänzlich versagen sollten, jede Ausrede. Sie werden durch ihr Ver sagen der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen sie noch eine Waffe mehr in die Hand geben. Zum übrigen braucht die Sozialdemokratie vor der Vermehrung der Armeen, falls sie wirklich und ohne innere Reformen durchgesetzt wird, nicht zu erscheinen. Denn die Erhöhung der Präfungssätze wird die Militärbehörde nötigen, städtische Elemente in noch stärkerem Maße als bisher zum Heeresdienst heranzuziehen, und dadurch wird die Armee trotz allerdem besonders nützlich: man kennt ja den Wert der Kavallerie aus dem letzten Kriegskrieg und den Attaden der berittenen Schützen in Berlin. Ein Reiterschwarm, der mit geschwungenen Säbeln oder gefallenen Lanzen tödesmutig heranrückt, macht auf eine unbewaffnete Menschenmenge einen außerordentlich starken Eindruck, besonders wenn sich auch Frauen und Kinder in ihr befinden. Jene Säbel und Lanzen, denen sich allenfalls ja noch die Karabiner und Maschinengewehre hinzugesellen können, sind nach der politischen Gewalttheorie des Junkerhums die Schulen, auf denen der preußische Staat ruht.

Den bürgerlichen Parteien fehlt also, wenn sie auch diesmal wieder gänzlich versagen sollten, jede Ausrede. Sie werden durch ihr Ver sagen der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen sie noch eine Waffe mehr in die Hand geben. Zum übrigen braucht die Sozialdemokratie vor der Vermehrung der Armeen, falls sie wirklich und ohne innere Reformen durchgesetzt wird, nicht zu erscheinen. Denn die Erhöhung der Präfungssätze wird die Militärbehörde nötigen, städtische Elemente in noch stärkerem Maße als bisher zum Heeresdienst heranzuziehen, und dadurch wird die Armee trotz allerdem besonders nützlich: man kennt ja den Wert der Kavallerie aus dem letzten Kriegskrieg und den Attaden der berittenen Schützen in Berlin. Ein Reiterschwarm, der mit geschwungenen Säbeln oder gefallenen Lanzen tödesmutig heranrückt, macht auf eine unbewaffnete Menschenmenge einen außerordentlich starken Eindruck, besonders wenn sich auch Frauen und Kinder in ihr befinden. Jene Säbel und Lanzen, denen sich allenfalls ja noch die Karabiner und Maschinengewehre hinzugesellen können, sind nach der politischen Gewalttheorie des Junkerhums die Schulen, auf denen der preußische Staat ruht.

Wir wollen uns in die Perspektiven, die sich aus diesem Sachverhalt ergeben, nicht allzuweit verlieren, sondern nur soviel sagen: Je mehr Grund die herrschenden Mächte haben, unter der Soldatenmasse einen selbstständig denkenden Kopf und hinter dem bunten Rock ein mit dem Volke fühlendes Herz zu vermuten, desto rascher werden sie von der verhängnisvollen falschen Vorstellung abkommen, dass der augenblickliche Besitz der physischen Gewalt ihre Herrschaft dauernd sichere und ihnen jeglichen Missbrauch der ihnen anvertrauten Machtmittel gestattet.

Erst das revolutionäre und demokratische Frankreich hat in einer Zeit der höchsten Erregung die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und dieses Wehrpflicht wurde später in Preußen und den übrigen aristokratischen Militärsstaaten Europas trotz der gänzlich verschiedenen politischen und sozialen Verhältnisse nachgeahmt. Und der Bissersmann in unserer militärischen Kreise trachtet unsere ungeheuren Proletarierheere noch immer zu vermehren und wird in diesem Bestreben kaum früher innehalten, als bis das gesamte faste Proletariat in der Armee versammelt sein wird. Da derzeitige, welcher das Schwert führt, erlahmungsgemäß keine politischen und sozialen Interessen zu legt, immer durchgelegt hat, so erscheint dadurch der schlichte Triumph des vollstümlichen Arbeitsstaates besiegelt, wenn gleich die überlisteten militärischen Ordnungen die alten Herrschaftsverhältnisse noch lange Zeit aufrechterhalten werden.

So kündigte vor 10 Jahren der revolutionäre philosophierende österreichische Hofrat und Professor Anton Mengen in seiner Neuen Staatslehre. Und sicher kommt noch die Zeit, in der das alte Junkerhumsgebot: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ seinen Durchwert verloren haben wird!

Montenegro und die Mächte.

Das Reutersche Bureau erfasst, dass die vom Ausland telegraphisch eingelaufenen Nachrichten, wonach die Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Überraschung hervorgerufen haben. Es sei die eiamtliche Meinung der Mächte, dass falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspräche, eine Flottendemonstration notwendig werde, um die Mächte der Krise zu beenden zu bringen.

Die mühsam aufrecht erhaltenen Einigkeit der Mächte gegen das halbstarke Montenegro hat jetzt ihren Ausdruck in einer neuen Kollektivnote gefunden, in der der kleine Balkanstaat am legtigste als aufgefordert wird, die Belagerung von Skutari unverzüglich aufzugeben. Für den Fall der Nachgiebigkeit wird eine Kompensation in Aussicht gestellt, die von der Londoner Botschafterkonferenz in kürzester Zeit beschlossen werden soll. Für den entgegengesetzten Fall wird angedroht, dass nicht nur Montenegro des Anspruchs auf eine Entschädigung verlustig gehen werde, sondern dass dann alle Mächte ohne Wunsch sind, alle ihnen geeignete erscheinenden Mittel Montenegro zu zwingen müssen werden.

Die Gefahr, dass es über die montenegrinische Frage zum Bruch der Einigkeit unter den Grobmächten kommen würde, erscheint damit bis auf weiteres befürchtet. Die Entzündung Montenegrins und Frankreichs von der internationalen Flottendemonstration soll nur eine vorläufige und bedingte sein; für den Fall, dass Montenegro auch die letzte Warnung in den Wind schlägt, soll Europa gefüllt gegen den einzigen Staat ausmarschieren.

Die Vorstellung des Großengespanns — Europa gegen

das kleine Landchen, das kaum über die Einwohnerzahl einer mittleren deutschen Großstadt verfügt — wirkt im ersten Augenblick humoristisch. Auf der anderen Seite muss man sich sagen, dass die Mächte allen Sinn verlieren, wenn nicht hinter ihnen der entschlossene Wille steht, das Ziel umzugehen. Der Schwäche wird sich also hier keineswegs der öffentlichen Sympathie zu erfreuen haben; vielmehr erscheint es als eine unausdenkbare Frevlichkeit, dass der Haunton der schwarzen Perle sich dem im Interesse des Friedens gehaltenen Beschluss einer so ungeheuren Völkermajorität widersetzen sollte. Lustwollen darf man jedoch hoffen, dass der Kollektivschwund der Mächte zu der selbstverständlichen getroffenen Erledigung der strittigen Angelegenheit in allerkräftiger Zeit führen wird.

Ist aber die Skutarfrage, wie man erwarten darf, zu einer gebedlichen Lösung gebracht, so darf man nicht vergessen, dass weniger der erstaunliche Heldentum, den Österreich gegen Montenegro befehlt, das Verdienst daran trägt als das Zusammenschluss Englands mit Deutschland. Die Auflösung des starken Gegenseitzes zwischen Dreibund und Tripelenteinte hat zu diesem erstaunlichen Ergebnis geführt, und in ihr liegt auch die stärkste Hoffnung auf die weitere Erhaltung des europäischen Friedens.

Montenegrinische ablauchende Antwort.

Geflaje, 1. April.

Zusätzlich montenegrinische Quelle wird berichtet: Die montenegrinische Regierung erklärte den Vertretern der Grobmächte folgende Antwort: Die Königliche Regierung behält sich, sobald ein Einvernehmen der Grobmächte über die gesamte Nord- und Nordostgrenze erfolgt sein wird, das Recht vor, sich mit ihren Verbündeten zu vertragen. Was die Belagerung der Grobmächte bezüglich der Einschaltung der Feindseligkeiten um Skutari herum sowie in den besetzten Gebieten, die die Grobmächte Albanien überlassen zu haben erklären, und was die Räumung dieser Gebiete anbetrifft, so kann die Regierung zu ihrem großen Bedauern dem Wunsche der Grobmächte nicht Rechnung tragen mit Rücksicht darauf, dass der Kriegszustand zwischen der Türkei und den Verbündeten fortbesteht, und da die Grobmächte den Verbündeten in feierlicher Weise zu Beginn des Krieges erklärt hatten, in feierlicher Weise die militärischen Operationen der Verbündeten behindern und Neutralität beobachten zu wollen. Was die Forderung betrifft, dass dringende Maßnahmen getroffen werden, um den wirklichen Schutz der muslimischen und katholischen Bevölkerung in den Montenegro abgetretenen Gebieten zu verschaffen, so erkläre sich die Königliche Regierung bestrebt, dass der einzige Titel für die Erwerbung der Gebiete, sowohl was Montenegro als was seine Verbündeten betrifft, nur der Friedeinstellung mit dem Osmanischen Reich sein kann. Was die katholische und die muslimisch-albanische Bevölkerung betrifft, so stehen diese unter dem Schutz der montenegrinischen Gewalt ihre Herrschaft dauernd sichere und ihnen jeglichen Missbrauch der ihnen anvertrauten Machtmittel gestattet.

Die Türken sollen die Schuld haben.

Wien, 1. April. Von amtlicher Seite in Geflaje wird die Situation so dargestellt, dass nicht die Montenegriner, sondern die Türken selbst den Kampf wieder aufgenommen haben. Die Türken hätten vom großen Taraboch aus einen heftigen Angriff auf die montenegrinischen Stellungen unternommen, seien aber zurückgeschlagen worden. Das Bombardement wurde kurz darauf in verstärktem Maße wieder aufgenommen. — Beiatomicungen folgte sofort geheime Unterhandlungen, wegen der Kapitulation von Skutari stattfinden.

Skutari vor dem Generalsturm.

Dulcigno, 1. April. Gestern vormittag griffen montenegrinische Divisionen den Taraboch an. Das Gefecht dauerte von 9 Uhr vormittags bis in die Nacht. Die ersten Minuten wurden mittags mit der Artillerie geschossen; die serbische Artillerie hält die türkischen Positionen bei Taraboch und Zape in Schach. Es ist die türkische Positionen des Taraboch nicht unterschätzen können. Die zweite Reihe der Schanzen ist am Nachmittag um 3 Uhr. Die Kanone wird von 8 Uhr bis 12 Uhr auf Skutari geschossen. Die Kunde, dass 20 Transportsschiffe und Galionski kommen, in Redua landen sollen, hat den Turpen um Skutari große Freude erweckt.

Die internationale Aktion.

Rom, 1. März. Die Tribune schreibt: Da Frankreich an der Flottendemonstration nicht teilnimmt, wird sie von England, Österreich-Ungarn und Italien veranlasst werden. Wenn Montenegro sich nicht heute aber morgen entschließen wird, dem Willen Europas, die Belagerung von Skutari aufzugeben, folge zu leisten, wird die englisch-italienisch-österreichisch-ungarische Flotte demontieren sofort stattfinden.

Die österreichisch-deutschen Rüstungen.

Wien, 1. April. Die Neue Freie Presse meldet: Heute nachmittag fand unter dem Vorzeichen des Ministers des Kriegs eine marshallpolitische Versammlung statt, die sich mit der Erörterung der Operationen während der Flottendemonstration und der eventuellen Flottade der montenegrinischen Kräfte beschäftigt. Von Taraboch ließen gestern mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in der Richtung nach Skutari aus, darunter auch eine Kreuzerdivision.

Berlin, 1. April. Der kleine Kreis Preußen hat Befehl erhalten, sich zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste in die Nähe zu begeben.

Friedensklänge.

Wenn nicht alle Meldungen trügen, werden die Verbündeten den Mächten heute eine Antwort überreichen, mit der sie sich zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Mächtevorschlags bereit erklären. Die Pforte hat die Vorschläge der Großmächte mit Stumpf und Stiel angenommen und davon bereits dem Dogen des diplomatischen Corps in Konstantinopel, Hochwarter Pallavicini, Mitteilung gemacht. In der Antwort der Pforte auf die Kollektivnote der Großmächte heißt es:

Von den friedlichen Gesinnungen der Großmächte geleitet, nimmt die türkische Regierung die in den erwähnten Mitteilungen vorgeschlagenen Präliminargrundlagen in ihrer Gesamtheit an und vertritt sich bezüglich der Wiederherstellung des Friedens den Großmächten an.

Eine griechische Erklärung.

London. 1. April. Wie das neutrale Gutachten erfuhr, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung zugehen lassen, die die Ansprüche Griechenlands in Ägypten zum Gegenstande hat. Während befürchtet einige europäische Regierungen befürchteten, einen großen Teil des in Frage stehenden Gebietes dem neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland in seiner Erklärung vor, die Mächte sollen eine Kommission ernennen, die in der jetzt vom Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend eine Volksabstimmung vorzuhalten soll. In der Erklärung heißt es weiter, daß keine griechische Regierung in der Lage sein werde, den Rückzug der Truppen aus den jetzt besetzten Stellungen sicherzustellen.

Neue Kämpfe an der Tschataldschalma.

Sofia, 1. April. Vor gestern gelang es drei türkischen Divisionen unter dem Schutz der Kriegsschiffe, die bulgarischen Stellungen bei Bliznitza zu erobern. Später griffen die Bulgaren die Türken mit blanker Waffe an und worten sie zurück. Die Türken rissen eine große Anzahl Toten auf dem Kampffeld zurück. Bei Denau folgten von den Bulgaren eine Attacke gegen die Türken unternommen, die hauptsächlich durch die Artillerie zurückgeschlagen wurden. Auch an der Tschataldschalma kam es zu heftigen Kämpfen, in denen die Türken zurückgeworfen wurden.

Ein neuer italienischer Staatsstreich in Sicht!

Genua, 1. April. An die hiesige hochstehende Mitglieder der Vereinigung Progres des Italiens gelangten aus Smyrna, Saloniki und Konstantinopel Privatnachrichten, denen zufolge ein Staatsstreich geplant sei, um die jungtürkische Regierung zu stützen und durch eine Revolution einer Regierung zum Siege zu verhelfen, die gewiß ist, unvergänglich einen dauernden Frieden abzuschließen.

Die Vermögensabgabe und die Aktiengesellschaften.

k. Gegen die Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Vermögensabgabe ist von mehreren Handelsblättern der Einwand der Doppelbesteuerung erhoben worden. So meint die Frankfurter Zeitung, daß eine zweifache Besteuerung des selben Vermögens ohne weiteres vorliege, denn der Nominalwert müsse ja nicht den Nominalwert seines Aktiengutes, sondern den Kurswert verlieren, und im Kurswert kommt die Höhe der Reserven selbstverständlich zum Ausdruck. In dieser Form ist die Behauptung von dem angeblichen Einfluß der Reiserhöhe einer Aktiengesellschaft auf den Kurs ihrer Aktien keineswegs stichhaltig, denn die Kursbewegung ist von zahlreichen Faktoren abhängig, unter denen der Umfang der Reserven durchaus nicht an erster Stelle steht. Mit die finanzielle Lage der Aktiengesellschaften bedeutet die Errichtung der Vermögensabgabe außerdem herzig wenig, wenn für die von dem Frankfurter Blatt angenommenen offenen Reserven von etwa 3% Milliarden Mark 18 bis 19 Millionen Mark zu bezahlen wären, könnten diese Beträge durch eine verständige Politik bei der Festlegung der Taxen, noch mehr aber durch Einschränkung der Zuwendung von enormen Gewinnengewinnen bei allen Transaktionen wieder eingebrochen werden.

Verschiedene Kreise scheinen besonders peinlich durch die beabsichtigte Heranziehung der inneren Reserven von Aktiengesellschaften zur Vermögensabgabe berührt zu sein, ein führendes Mitglied der Finanzwelt äußerte sich in einem Berliner Blatt besonders entschieden gegen die "Schnüffel" bei der Feststellung der inneren Reserven. Mit sind der Meinung, daß eine volle Klarheit über die Höhe der aufgespeicherten inneren Reserven nicht nur wünschenswert, sondern außerordentlich notwendig ist, und daß schwere Unterlassungen, fanden begangen worden sind, wenn einwandfreie Feststellungen der inneren Reserven bisher nicht erfolgten. So zutreffend es ist, daß Gesellschaften, die durch Ausgabe von Grafaktien und ähnliche Maßnahmen sowie durch Verteilung besonders hoher Dividenden ihre zurückgehaltenen Gewinne geschmälert haben, in einem geringeren Umfang zur Abgabe herangezogen würden als Gesellschaften, die einen größeren Teil ihrer Gewinne offen und direkt aufgehäuft haben, so wenig kann das gegen die Berechtigung der Heranziehung von Aktiengesellschaften zur Vermögensabgabe geltend gemacht werden. Zu folgern wäre daraus nur die Notwendigkeit, die längst fällige Reform des gesamten Aktiengesetzes und damit auch die Bestimmungen über die Ausgabe von Freikästen durchzuführen.

Mit vor einigen Jahren das Bahrtische Statistische Landesamt die Unzulänglichkeit der bisherigen Ertragstatistik der Aktiengesellschaften verbessert und durch besondere Erhebungen die Gewinnergebnisse der bahrtischen Aktiengesellschaften genauer feststellen wollte, widerstreiten nicht nur Aktiengesellschaften der beabsichtigten Pläzung des Rentabilitätsbildes, sogar die Augsburger Handelskammer erhob lautem Widerstand gegen das Vorgetragen des Landesamtes. Begründet wird die Abneigung gegen exakte Bilanzen natürlich nicht mit dem Wunsch, die Höhe der wirklich erzielten Gewinne geheim zu halten, sondern mit der Erfahrung geschäftlicher Interessen, eine leere Aussicht, auf die das Kapital immer verfällt, wenn es ihm unangenehme Auskünfte geben soll. Doch zur Erhebung der Vermögensabgabe das Dunkel der stillen Reserven völlig gelöscht werden will, darf zugleich angezeigt werden; um darüber hieb- und stichhaltige Aufschlüsse zu schaffen, werden arbore Eingriffe nicht zu entbehren sein.

Deutsches Reich.**Friede zwischen Hohenzollern und Sohst.**

Wilhelm II. hat mit dem angeblich hinausgeschmissenen Sohst Herrn Sohst Friede geschlossen. Herr Sohst tritt von der Postkarte des Gutes Rehberg zurück, dafür bekommt er 120 000 M. und ein Kabinettsschreiben. Außerdem ist ihm der Ritterorden 4. Klasse verliehen worden. Der Friedensschluß ist unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer für Preußen zustande gekommen. Der Kampf zwischen den Häusern Hohenzollern und Sohst hat also mit einem Sieg des Hauses Sohst endet.

Über die Verhandlungen, die dem Friedensschluß vorangegangen sind, weiß das Berliner Tageblatt folgendes zu berichten:

Der Kaiser veranlaßte durch seinen Kabinettschef, Herrn v. Valentini, den Vorsitzenden und den Generalsekretär der Preußischen Landwirtschaftskammer, Herrn v. Oldenburg und Herrn v. Steinmeier, mit dem Sohst Sohst zu verhandeln. Die Beauftragten erschienen dann auch am Sonnabend abend in Erling. Herr Sohst lehnte jedoch ein persönliches Er scheinen ab und sandte seine Brüder zu den Verhandlungen. Die Herren von der Landwirtschaftskammer sollen nun zunächst im Auftrage des Zivilministeriums mitgetragen haben, daß der Sohst die Beliebigungen, die er Herrn Sohst zugesetzt habe, bedauert; er würde seine Aufführungen im Deutschen Landwirtschaftsrat nicht gemacht haben, wenn er richtig informiert gewesen wäre. Er sei bereit, eine Genugtuung zu gewähren, und zwar sollte Herr Sohst ein Schreiben des Zivilministeriums aushandeln, das besagen werde, daß der Kaiser seine Ausführungen über den Sohst bedauere.erner wurde Herrn Sohst die Verleihung eines Titels oder einer Dekoration angezeigt. Herr Sohst erklärte, daß durch diese Anerkennung sein Bruder sich rehabilitiert fühle, und darauf kam eine Einigung zu stande, nach der Herr Sohst vom Nachvertrag zurücktritt. Zum wird dafür eine Summe von 120 000 Mark aus der kaiserlichen Schatzkasse für das tote und leidende Inventar, für die Sanierungsaufwände usw. ausgezahlt. In dieser Summe ist auch die Abfindungssumme enthalten.

Ganz eigentlich berührt es, daß Herr Sohst bei den Verhandlungen gleichsam als Entschuldigung einen Orden oder Titel angeboten worden ist. Orden und Titel werden doch angeblich nur verliehen, um Verdienste, die sich jemand um das allgemeine Wohl erworben hat, zu belohnen. Hier handelt es sich doch um eine reine Privatangelegenheit Wilhelms II., und der Orden soll als Pfaster auf die Wunde dienen, die die Rebe Wilhelm II. im Deutschen Landwirtschaftsrat Herrn Sohst geschlagen hat. Hätte Herr Sohst ja nicht mit Wilhelm II. vereint, so hätte man wahrscheinlich seinerlei Verdienste bei ihm entdeckt und sein Knopfloch wäre leer geblieben.

Die eigentümliche Ordensgeschichte zeigt eben wieder einmal, wie sinnlos die ganze Ordens- und Titelwirtschaft ist. Die Aufführung dürfte übrigens noch ein Opfer fordern. Die Stellung des Bevollmächtigten der kaiserlichen Gouvernementschaft Cadinen, des bestiegenden Mannes im Elbinger Kreis, des Geh. Oberregierungsrats v. Eydorff, der früher in hoher Gunst beim Kaiser stand, gilt als erschüttert. Es ist Herrn v. Eydorff nahegelegt worden, nach einer gewissen Fristgrenze seinen Abschied zu nehmen.

Das preußische Abgeordnetenhaus

hat am Dienstag seine Arbeit wieder aufgenommen und sich mit der Vorlage über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation beschäftigt. Die Vorlage, die bereits bei den Debatten über die Fleischnot angestellt wurde, fordert 25 Millionen Mark, und zwar 12 Millionen zur Urbarmachung fischlicher Moore, 3 Millionen zur Ausführung von Meliorationen auf Domänen und 10 Millionen Mark zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen an gemeinnützigen Anstießgesellschaften. Im allgemeinen begegnet der Entwurf großer Sympathie. Die Redner der Konservativen, der Freisinnerten und des Zentrums sprachen sich uneingeschränkt für ihn aus und auch die Nationalliberalen und die Fortschrittskrieger sind trotz mancher Bedenken im einzelnen für ihn zu haben. Interessant war es, daß die Konservativen, die bisher immer die innere Kolonisation befürwortet und für den Großgrundbesitz eintreten, sich jetzt plötzlich als Freunde der inneren Kolonisation zeigten. — Ein grundläufiger Gegner entstand der Vorlage lediglich in dem polnischen Abg. S. a. der darauf hinwies, daß auch diese Maßnahme lediglich den deutschen, nicht aber den polnischen Staatsbürgern zugute kommen werde. — Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Leinert, der sich mit der Urbarmachung von Mooren und mit den Meliorationen einverstanden erklärte, aber gegen die Beteiligung des Staates an Siedlungsgesellschaften protestierte und vor allem verlangte, daß die Regierung bestimmte Garantien über die Verwendung der ihr bewilligten Gelder gebe. Die Debatte endete mit Ueberweisung des Entwurfs an die verstärkte Agrarkommission.

Das Erbrecht des Staates.

Die Gedankengeschichte der Regierung sehen, wie bereits mitgetragen, eine Erweiterung des Erbrechts des Staates vor. Nach dem jetzt geltenden Recht tritt der Sohn nur dann als Erbe an, wenn weder ein Verwandter noch ein Ehegatte des Erblassers vorhanden ist. Als Verwandter gelten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch alle Personen, die von derselben Person abstammen; die also einen Vorfahren gemeinsam haben. Wer zum Beispiel nachweisen kann, daß er vom Urgroßvater des Urgroßvaters eines Verstorbenen abstammt, gilt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch als dessen Verwandter und ist eventuell erbbedingt, wenn keine näheren Verwandten vorhanden sind und der Erblasser kein Testament hinterlassen hat. Das soll nach dem Vorschlag der Regierung anhören. In dem Entwurf des Gesetzes über das Erbrecht des Staates ist gesagt:

Sind nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches Abkömmlinge von Großeltern des Erblassers in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur geistlichen Erbfolge berufen, so tritt an ihre Stelle als geistlicher Erbe der Sohn. Der Sohn ist ferner geistlicher Erbe, wenn zur Zeit des Erbschaftsvertrags weder ein Verwandter noch ein Ehegatte des Erblassers vorhanden ist.

Das bedeutet also: Ist kein Testament vorhanden, so können Erben nur sein die Abkömmlinge des Erblassers (Kinder, Enkel, Urenkel usw.), seine Eltern, seine Geschwister und deren Abkömmlinge, und seine Großeltern. Dagegen sollen die Geschwister des Eltern des Erblassers und deren Abkömmlinge oder noch entferntere Verwandte, wenn sie nicht

durch das Testament als Erben eingefestigt sind, kein Recht auf die Erbshaft haben. An ihre Stelle tritt als Erbe der Sohn desjenigen Bundesstaats, in dessen Gebiet der Erblasser seinen Wohnsitz hat. Von den Einnahmen, die den Bundesstaaten infolge des Bestehens des Erbrechts zufließen, sollen 75 Prozent dem Reich zustehen, während 25 Prozent den Einzelstaaten verbleiben sollen.

Die Gewerkschaften und der Wehrbeitrag.

Die Gelegenheit des Wehrbeitrags möchte der Lizenzierte Schriftstellerhauptmann Ottavio Greifert n. Gedächtnis dazu benützen, um auch die Gewerkschaften um einen Teil ihres Kriegsbeitrages zu erleichtern. Er befürwortet in der Post die Heranziehung der geistlichen Güter, der sogenannten "stolen Hand", und führt dann fort:

Wenn man aber einmal über den Rahmen der Vorlage nach dieser Richtung hinausgeht, wird man auch an der Frage nach vorbereiten können, ob die Vermögen der Gewerkschaften nicht gleichfalls zum Wehrbeitrag heranzuziehen sind. Diese Arbeiterorganisationen haben doch zweifellos ein besonders starkes Interesse an der Erhaltung des Friedens, und es wird daher als keine Unbilligkeit erscheinen können, wenn auch sie zu dem nationalen Opfer beitragen werden.

Es ist für die Arbeiterorganisationen gewiß eine hohe Ehre, neben den regierenden Fürstlichkeiten und den toten Händen des großmächtigen Reichs zugesetzt zu werden, die auf dem Altar des Vaterlandes ihr Opfer darbringen sollen. Das aber auf diesem Wege die sogenannte einmalige Vermögensabgabe zu einer Besteuerung der Gewerkschaften umgedeutet werden würde, dürfte die Wehrheit des Reichstags denn doch nicht verkennen. Es wäre der reine Hohn, wenn man im Namen der Besteuerung den Arbeitern einen Teil ihrer Spar- und Rottgrößen abziehen wollt. Der kluge Ottavio ist wieder einmal überpuffig. Wäre der Gedanke nicht so verunsichernd gewesen, man wäre versucht, ihm herzlich dank zu nennen.

Protestierende Hansabündler.

Der Landesverband Nordbayern des Hansabundes hat eine Erklärung angenommen, in der er sich schärf gegen die Defensionsvorschläge der Regierung wendet. Es wird in der Erklärung gesagt, daß die Vorschläge jeden großen Zug und den Grundstein der Gleichberechtigung der gewerblichen Stände vermissen lassen. Dazu heißt es in der Resolution noch:

Der Hansabund muß verlangen, daß zum einmaligen Wehrbeitrag alle Vermögensarten gleichmäßig herangezogen werden, was insbesondere auch zu gelten hätte für das dauernde land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienende Grundvermögen und das Vermögen der toten Hände. Im Interesse des Kaufmännischen und gewerblichen Mittelstands muß ferner die Freigabe der Vermögen von unter 3000 M. eine mäßige Entlastung der Abgabe, die Heranziehung der größeren, vor der Vermögensabgabe befreiten Einkommen von 10 000 M. an und die Beteiligung der Wehrbeitragszahlung auf drei Jahre gefordert werden.

Wenn schon die Wehrbeitragsvorlage in ihrer Grundrichtung unverkennbar das Bestreben zeigt, in erster Linie das in Handel, Gewerbe und Industrie arbeitende Kapital zu beladen, so tritt die Tendenz in absolut unverhüllter Form in den Vorschlägen für die Festung der Heeresausgaben hervor, die infolge des Mangels einer direkten Reichsbesteuerung und der Nebentragung der Schaffung einer direkten Reichsbesteuerung an die einzelnen Bundesstaaten in Hinblick auf die bekannte, teilweise höchst einseitige Zusammenfassung unserer bundesstaatlichen Parlamente für die gewerblichen Stände einfach unannehmbar sind.

Der Hansabund und der Landesverband Nordbayern fordern deshalb nach wie vor mit allem Nachdruck: die Schaffung einer allgemeinen Reichsbesteuer — wie es die Erbansammlung und Reichsvermögenssteuer ist — und erwartet von den auf seinen Richtlinien stehenden politischen Parteien, daß sie sich mit aller Energie besonders wenden gegen die Ausplünderung des Gewerbes, Handel und Industrie an die Räuberherrschaften der Einzellandtags, die von der beabsichtigten Neberlassung der Wehrbeitern an die Einzelstaaten zu befürchten ist.

Ein Idealist.

Schon wiederholt ist von besonders begeisterten Rüstungsidealisten der Vorschlag gemacht worden, die Besitzenden sollen ihre Rüstungsbegeisterung dadurch bestätigen, daß sie freiwillig ihr Scherlein auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. Den gleichen Wunsch bringt eine Botschaft eines Herrn de Roberti-Jessen aus Wilkow zum Ausdruck, die im Polener Tageblatt veröffentlicht worden ist. Der genannte Herr schreibt dort:

Um die Vermögensabgabe dem Verteilungsprinzip zu entziehen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes zweckmäßig zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erfordern Beträgen schon vor der Beschlusshaltung des Parlaments freiwillig zur Verfügung gestellt wären. Ein solches Verschulden würde die volle Verfolgung des Beitrags unserer Vorfahren vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiserworte, doch auch das Jahr 1912 ein Opferjahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen denen eine Beteiligung ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgendwelchem Grunde nicht gebadet ist. Den Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben. — Allerdings besteht eine Schwierigkeit darin, daß die Kosten Zahlungen nicht annehmen können. Dem läßt sich aber leicht dadurch begegnen, daß jeder einzelne nur den von ihm zur Zahlung bestimmt Beitrag bereitstellt und einer Bank bis zur Abhebung durch das Reich überweist. Ich selbst habe bereits der Landesgenossenschaften in Posen den entsprechenden Beitrag meines Vermögens berechnet und nach den Grundzügen des Erbgutsteuergesetzes, zur Besteuerung überwiesen.

Der Herr de Roberti-Jessen muß ein ziemlich Einsiedlerhafte Leben führen, er hat jedenfalls von der Opferwilligkeit unserer Besitzenden eine merkwürdig hohe Meinung, die kaum jemand teilen wird, der die Herrschaften wirklich kennt. Wenn diese Leute so gern bereit wären, ihr Vatermonnaie fürs Vaterland offen zu halten, so würden sie doch ihren Vertreter im Reichstag nicht so mit Händen und Füßen gegen die Einführung einer ordentlichen Reichs-Besteuung sträuben. Herr de Roberti wird also mit seinem Vorschlag kein Glück haben. Versucht man wirklich ernsthaft, für eine freiwillige Wehrspende bei den Besitzenden zu sammeln, so läuft kaum soviel Geld zusammen, daß man ein paar ordentliche Kanonen dafür kaufen könnte.

Die spartende Herrschaftsverwaltung.

Mehr noch ist im Reichstage der Unzufriedenheit zu erkennen, daß jedem Offizier ein den berittenen Stabsoffizieren zwei Soldaten als Wurzchen zur Verfügung gestellt werden. Auf

Aufruf an unsere Partei- und Gewerkschaftsgenossen und -genossinnen!

Welche Familienzeitschrift gehört in das Haus des Arbeiters!

Der alte Klecknacht hat gesagt: „Ein Arbeiter ohne Bildungsbedürfnis ist ebenso lebens- als ein Bourgeois mit Bildungsbedürfnis.“ — Ein Arbeiter und eine Arbeiterin ohne Bildungsbedürfnis ist wie ein Mensch ohne Kopf. Bildung schafft höhere Löhne, schafft die Macht der Viermillionen-Partei, verschafft einfachen Arbeitern Land- und Reichstagsmandate. Als ungewöhnliches Bildungsmittel wird

Die Leie

(wöchentlich 15 Pfennige) von allen Parteistellen empfohlen und gefordert. Warum? Weil sie aus einer sozialen Idee entstanden

ist. Die Leie will die Gelehrtheit unseres Volkes für alle frei und lebendig machen. Sie ist ein Kommunismus des Geistes. Schöne und holtbare Bücher waren bisher nur für die Reichen da. Dem armen und arbeitenden Volke wurde (wie es bei den Lebensmitteln noch der Fall ist) der Schummel-Schund vorgeworfen.

Nun bietet die Zeitchrift Leie für wöchentlich nur 15 Pfennige das Herrlichste aus der Gelehrtheit aller Völker und Zeiten in Wechsel und Fülle. Zum erstenmal schreiben hier alte und neue Dichter für das einfache Volk — für den Arbeiter.

Neben einem Hauptmann, Dehmel, Hendelin kommen Naturphilosophen (Böllche, Fenrich), Techalk (Collin

Röhl, Soziales (Levenstein, Diederich), Reisebeschreibungen, Memoiren usw.

Besonders reich sind die Beiträge: „Wie es im Volke dichtet“ und „Soziale Lyrik“, worin schon zahlreiche Männer und Frauen aus dem wirklichen Volke zu Worte kamen.

Kostenlos erhält jeder Abonnent von 52 Heften (1 Jahrgang) 2 bücher ausgewählte Werke. Außerdem erhalten 2 gut ausgestattete Werke bei Abnahme von 52 Heften des Jahres 1913 vollständig kostenlos, bei 26 Heften ein Buch. Name: _____

Bestellchein

Bei der Partiebuchhandlung der Dresdner Volkszeitung abonnieren Ich auf die

Die Leie

in wöchentl. Lieferungen für 15 Pf. pro Heft. Außerdem erhalten Ich 2 gut ausgestattete Werke bei Abnahme von 52 Heften des Jahres 1913 vollständig kostenlos, bei 26 Heften ein Buch. Name: _____

Ort u. Datum: _____

Straße: _____

Wenn niemand zu Hause, wo ist das Heft dann abzugeben? _____

Zentralverband d. Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Donnerstag den 3. April, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Vertretern des Betongewerbes. Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis derselben.
2. Bericht über die Tätigkeit des Dresdner Gewerkschaftskartells im vergangenen Jahre und Neuwahl der Delegierten.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

Bezirk Radebeul, Rähnitz u. u.

Sonntag den 6. April, nachmittags 8%, Uhr
in Tillys Restaurant, Radebeul [V 11]

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Militärsimus und die politische Lage. Referent: Landtagsabgeordneter Robert Wirth. 2. Jahrs- und Rassenbericht.
3. Neuwahlen. 4. Maßnahmen. 5. Allgemeines.

Pflicht jedes Parteigenossen und jeder -genosse ist es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbücher sind am Eingang als Legitimation vorzuzeigen.

Die Bezirksleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband = Sektion der Fliesenleger =

Samstagabend den 5. April, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Böhnenbergstr. 2, I. (Rimmer 15).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Der kulturelle Wert der Verkürzung der Arbeitszeit.
2. Sonstige Angelegenheiten.

Das Gründen aller Mitglieder ist Pflicht! —

Die Sektionsleitung.



Neue Bewirtung!
Arbeiter! Ihr gut und billig!
Gefüll. Bier! Eigene Schlägerei.
Käffchenstraße 12.
Emil Göbel u. Sohn.

Postkarten
mit eigener Überdrucke.
4 Et. 1 Kr., Einband 1,80 M.
Brief
Photograph Richard Böhme
Marienstr. 1. Dresden. Tel. 115.

Bestellkarte für den rechteckigen Teil: Nr. 2, 6 x 8, Strasse 4. — Bestellkarte für den Querformatteil: Reinhard Göbel, Dresden-Klotzsche. — Bestellkarte für den Kreis: Emil Göbel, Dresden.

Verb. d. Sattler u. Portefeuiller, Dresden.

Freitag den 4. April, abends 8%, Uhr

Treibriemen-Sattler-Versammlung

im Pariser-Saal der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die Bewegung der Treibriemen-Sattler in Berlin.
2. Allgemeines.

Jeder Treibriemen-Sattler von Dresden muss erscheinen.

Der Vorstand.

Sonnabend den 5. April, abends 8%, Uhr

Militär-Sattlerversammlung

in den Saponiälen, Almistraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Die Löhne der Militärsattler von Dresden nach der letzten Statistik. 3. Allgemeines.

Jeder Militärsattler muss bestimmt erscheinen. Der Vorstand.

Automobil-, Wagen- u. Geschirr-Sattler.

Sonnabend den 5. April, abends 8%, Uhr

Versammlung

V 147 im Restaurant Pechselder, Döbnergasse.

Tages-Ordnung:

1. Gericht von der Auto- und Wagensattler-Routerei.
- Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. Der Vorstand.



Die uns aus Kunden-, Lieferanten- und Sängerkreisen zugegangenen Glückwünsche zu unserem 50jährigen Geschäftsjubiläum haben uns herzlich erfreut und sagen wir allen aufrichtigsten Dank.

Theodor Hänel und Frau

Inhaber der Firma Ferd. Ed. Hänel, Watt- und Steppdecken-Fabrik

Dresden, am 2. April 1913.

E 60

Steinarbeiter!

Freitag den 4. April, abends Punkt 7 Uhr

Versammlung der Grabsteinbranche

im Volkshaus, Böhnenbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Verbandsangelegenheiten.

[V 157]

Montag den 7. April, abends Punkt 6%, Uhr

Versammlung der Marmorbranche

im Volkshaus, Böhnenbergstraße 2.

Kollegen! Sorgt dafür, daß Mann für Mann in beiden Versammlungen zur Stelle ist.

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Dresden und Umgegend

D. M. V.

Ritterbergstr. 6

Telephon 5079

Branchenversammlung d. Heizungs- monteure und Helfer

Sonnabend den 5. April, abends 8%, Uhr, im kleinen Volksaussaal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Unsere Gegner.“ Referent: Kollege Bergmann.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten und Mitteilungen.

[V 151]

Sitzung der großen Ortsverwaltung

Montag den 16. April, abends 8%, Uhr, im kleinen Volksaussaal.

General-Versammlung

Freitag den 13. April, abends 8%, Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsa- und Ratsbericht vom 1. Quartal 1913.
2. Aufstellung der Kandidatenliste zum Verbandstag in Dresden.
3. Verbandsangelegenheiten und Mitteilungen.

Gehörtiges Erscheinen notwendig. Die Ortsverwaltung.

Am 8. Mai folgenden

Tagen sind die Kandidatenlisten zu eröffnen.

Der 10. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 11. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 12. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 13. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 14. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 15. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 16. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 17. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 18. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 19. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 20. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 21. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 22. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 23. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 24. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 25. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 26. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 27. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 28. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 29. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 30. Mai ist der Tag der Wahl.

Der 31. Mai ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 1. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 2. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 3. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 4. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 5. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 6. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 7. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 8. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 9. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 10. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 11. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 12. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 13. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 14. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Der 15. Juni ist der Tag der Wahl.

Der 16. Juni ist der Tag der Eröffnung der Wahllokale.

Sächsische Angelegenheiten.

Ausweisung freistehender Arbeiter.

In Löbau streiten seit einigen Wochen über 120 Arbeiter und Arbeitnehmer der Schuhfabrik von Brüder Nieden. Unter den Streitenden befindet sich auch eine Anzahl tschechischer Arbeiter, die sich aber nach außen hin nicht im geringsten als solche bemerkbar machen. Der Bürgermeister von Löbau griff nur zu einer einseitigen Maßnahme, die nach außen ohne weiteres den Eindruck machte, als gehe es im Interesse des Unternehmers. Sie kann auch nach den vorliegenden Tatsachen als solche aufgefaßt werden.

Am Freitag voriger Woche wurde ein tschechischer freistehender Arbeiter zum Bürgermeister bestellt, und dieser erfuhr ihn kurzerhand, daß seine Ausweisung erfolge, da er arbeitswillig belästigt habe. Der Ausweisung habe er zu folgen, widrigensfalls er mit 14 Tagen Haft und zwangsweise Abführung bestraft werde. Eine nähere Darlegung von Beweisen für das Vorgehen sowie eine Befreiung gab es nicht. Um damit sollte die Sache erledigt sein. Der von der Ausweisung Betroffene dachte aber gar nicht daran, das so ruhig hinzunehmen. Er richtete eine telegraphische Beschwerde gegen diese einseitige Handhabung an die Kreishauptmannschaft Zittau, die aber, nachdem sie die Akten des Bürgermeisters eingefordert hatte, den Rekurs unter Anredung von § 5 Rechts (1) abwies. Nach den Ergebnissen der angefohrten Erörterungen habe auch die Rechtsinstanz als erwiesen angegeben, daß der Rekurrent gelegentlich des Streits in der Schuhfabrik die Arbeitswilligen belästigt habe. Mit Recht habe daher der Stadtrat (soll heißen: der Bürgermeister) den betroffenen als lästigen Ausländer aus dem Königreich Sachsen ausgewiesen.

Naum war diese Ausweisung erfolgt, als am Sonnabend die Vorladung von noch 12 weiteren tschechischen Arbeitern zu Montag vormittag erfolgte. Hierauf wurde die Verurteilung laut, daß auch sie von einer solchen Maßnahme auf Grund solcher Erörterungen betroffen werden könnten. Die Streitenden ersuchten unsere Genossen in der Redaktion der Volkszeitung in Zittau, beim Stadtrat vorstellig zu werden und eventuell die Zurücknahme solch harter Maßregeln zu erwirken. Genosse Schmittler begab sich denn auch dorthin. Und dabei stellte sich heraus, wie die für die Ausweisung maßgebenden Erörterungen gepflogen waren. Die Firma Gebr. Nieden hatte Anzeige ermittelt, daß der Schuhmacher Wafopust einen ebenfalls arbeitswilligen belästigt habe. Der Arbeitswillige und ein Buchhalter der Firma lagten in diesem Sinne aus und füllten den Bürgermeister von Löbau lag somit seiner Meinung nach begründete Anschuldigung vor, daß der Angeklagte gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößen und sich als Ausländer künstig gemacht habe. Die Vernehmung des von einer solchen Maßnahme Betroffenen — denn die Ausweisung aus Sachsen erfolgte damit für immer — hielt der Bürgermeister nicht für nötig. Schmittler machte ihn darauf aufmerksam, daß Wafopust entschieden und wiederholt bestreitet habe, einen Arbeitswilligen belästigt zu haben. Auch seinen Kollegen, denen ähnlich nicht das Geringste zur Last gelegt werden könnte, sei nichts von einer Beleidigung eines Arbeitswilligen durch Mr. bekannt. Es kann doch unmöglich eine solch scharfe Maßnahme lediglich auf die Denunziation eines schlichtig zum Denunzieren geneigten Menschen und ohne daß der Denunzierte selbst vernommen werden würde, erfolgen. Der Bürgermeister war zu seiner anderen Auffassung zu bewegen. Es erfolgte zwar die Ausweisung der zwölf Kollegen des Mr. nicht, sie waren nur verwarnt worden, was aber auch überflüssig war, die Ausweisung des Mr. wurde nicht rücksichtig gemacht.

Gegen die Entcheidung der Kreishauptmannschaft bezog sich der ganze Angelegenheit ist das Ministerium angerufen worden. Es soll erprobt werden, ob das Ministerium mit einer derartig einseitigen Handhabung der Polizei gewalt einem einzelnen Unternehmer zuliebe einverstanden ist.

Das Wirtschaftsverbot gegen Arme.

Aus dem Städtischen Schönes wird dem Sächsischen Staatsblatt berichtet: Ein hässlicher Einwohner, der sieben noch unvergogene Kinder zu ernähren hat, bildet im Jahre 1912 mit Staats- und Gemeindeamt und mit Schulgeld im Rückstand. Sicherlich wurde über ihn das Wirtschaftsverbot verhängt. Am 8. März erhielt er vom Stadtrat ein gedrucktes Formular folgenden Inhalts zugestellt:

Nachdem der Stadtgemeinderat beschlossen hat, das Regulativ, die Tugendlichkeit ländlicher Einwohner der Stadt schützen von öffentlichen Spitäler und Tropenstationen betreut, vom 1. Mai 1885, wegen der von ihnen beharrlich im Altersstand gelassenen Unzweckmäßigkeit aufzuhaltenden Abgaben aufs Jahr 1912 auf alle anzubringen, wird Ihnen der Bezug von Sozialversicherungen, Spitäler und Tropenstationen hiermit bei Vermeidung einer Haftstrafe bis zu 8 Tagen (§ 5 des erwähnten Regulativs) untersagt. Dieses Verbot gilt auch auf das Tropenhaus.

Der Stadtgemeinderat von Schönes scheint bemüht, das Wirtschaftsverbot nicht allein auf wirklich böswillige Steuerzahler anzuwenden, sondern auch auf solche Personen, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, ihre Steuern bezahlen zu können. Das Einkommen des hier Betrachteten betrug vom 1. März 1912 bis 30. Januar 1913 insgesamt 762 M. Daraus gehen noch die Beiträge für Renten- und Invalidenversicherung, so daß rund 720 M. Einkommen verbleiben. Trotz großer Kinderschau arbeitet seine Frau fleißig mit. Seinen Einkommen betrug in derselben Zeit etwa 800 M. Rechnet man aus, wieviel der betreffenden Familie nach Abzug für Wiete, Licht, Feuerung, Kleidung, Wäsche usw. zum Lebensunterhalt verbleibt, dann findet man es wohl erstaunlich, daß dem Mann für die Steuern nichts übrig bleibt. Es ist in Schönes üblich, daß jährlich auf die Steuerzahlerliste gezeigt wird, gleichviel, ob er böswilliger Steuerzahler ist oder nicht. Jahrtausend standen Personen auf der Liste, die wirtschaftlich nicht imstande waren, ihre Steuern bezahlen zu können, denen Rot und Ende drohte, wenn sie nicht abbezahlt hätten. Der Glaube beigebracht worden, daß jeder, der im Altersstand mit Steuern ist, auf die Steuerzahlerliste gehört. Aus diesem Grunde erklärt sich das Verhalten des Stadtrats, der auch im vorliegenden Falle es nicht für wirtschaftlich erachtet hat, vorher gründlichen Einblick in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Steuerzahlers zu nehmen. Jeder gemeine Verbrecher erhält Gelegenheit, sich derteidigen zu können, ehe eine Verurteilung erfolgt; hier aber wird ein Familienvater, der durch seine sieben unvergogenen Kinder sich

in müßigen Verhältnissen befindet, ohne weiteres an den Pranger gestellt.

Ein verschierter Sozialdemokrat.

Der früher oft genannte Staatsanwalt Lange in Leipzig ist jetzt nach Bayreuth versetzt worden. Zum Abschluß widmet ihm die Leipziger Volkszeitung folgende Zeilen:

Zum 1. April scheitert ein Mann aus der Leipziger Staatsanwaltschaft aus, der sich um die sozialdemokratische Partei verdient gemacht hat. In den letzten Jahren allerdings hat Staatsanwalt Lange nur noch unbedeutende Gelegenheit gehabt, unserer Partei Dienste zu leisten; er war tatsächlich am Ende des Patents. Das leistete sich aus dem Mengen an Geschäft her, mit dem die Aktionen betrieben, die nach dem Willen seiner Oberen gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet sein sollten, aber regelmäßig zu ihren Gunsten ausfielen.

Im Auftrag seines Vorgesetzten hatte Staatsanwalt Lange seinerzeit die Vorerörterungen gegen die Redaktion unseres Blatts zu führen. Mit einer dieser Vorerörterungen ist er bis heute noch nicht nach Rande gekommen, trotzdem er bereits fast Jahre darauf verwendet hat. Es handelt sich um die Aufzähldung einer Massenmaie für die Befreiung, deren sich im Jahre 1906 ein Redakteur unseres Blatts schuldig gemacht haben sollte. Es ist bestrebt zu verhindern, daß solche Vorfälle vorkommen würden, hat aber bis zum heutigen Tage wieder eine Anfrage noch sonst einen Bescheid erhalten. Herr Lange und sein Vorgesetzter ist der Witz dabei ausgegangen. Eine ebenso unglaubliche Aktion hatte Lange gegen unseren Geschäftsführer eingeleitet, den er im Verdacht der Verbreitung russischer revolutionärer Schriften hatte. Allerdings ist den Herren Sozialdemokraten auch etwas gelungen. Sie haben es fertiggebracht, die meisten unserer Verantwortlichen auf längere Zeit in Staatspension zu schicken, jedoch immer nur mit dem Erfolge, daß die Partei und unser Blatt richtig vorwärts schritten. Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Das Kabinettstil seiner staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit ließ Herr Lange im Jahre 1907 beim Vorläger Aufsichtsprojekt. Die Amtshauptmannschaft hatte über dem Posthof die Polizeikundgebung verhängt, angeblich, weil außerhalb des Posthofs Unruhen vorgekommen waren. Mitglieder eines Taucher-Arbeitervereins und einige Vorläger Arbeiter hatten sich in einer lauen Sommernacht den Scherzen gemacht, den Nachschlagmann von Posthof dadurch zu erschrecken, daß sie Röte über die Köpfe zogen und mit dumpfem „Auh, hau!“ an ihm vorbeiliefen. Auf Beiseite des Amtshauptmanns d. Posthof Posthof leitete die Staatsanwaltschaft gegen die Leute ein Verfahren wegen Bandfriedensbruch ein und verhafte die „Adelsführer“. Einer der Verhafteten hat die Quellen der Untersuchungshaft nicht erhalten können und hat sich in seiner Zelle entledigt. Dieser traumatische Vorgang gab Herrn Lange Veranlassung, noch in der Landgerichtsverhandlung im Dezember 1907 das Verfahren des Toten dadurch zu verlegen, daß er den gemütlösen Ausspruch tat: „Die Angeklagten sind vor mir zähm wie die Rehe geworden, die Sozialdemokraten sind bloß da dreist, wo sie herdienstfrei auftreten.“ Der Prozeß enthielt auch die Tat, daß sich in den Geheimräumen des Amtshauptmanns das Geheimnis der Leumundszeugnisse über die Angeklagten besannen. Der Gemeindeworstand von Posthof hatte die Angeklagten als „frech, roh und zu allem fähig“ dargestellt. In der Verhandlung konnte er unter dem Jargon des Eides keine Tatsache für seine Behauptung angeben. Als er gefragt wurde, wie er denn zu den falschen Angaben gekommen sei, antwortete der Biedermann, er hätte ja nicht wissen können, daß seine Leumundszeugnisse das Acht der Offenheit erbliden würden! Die ganze Anklage brach ziemlich zusammen. Dem Vorläger Pieroth tat das Gericht aber immer noch zuviel Ehre an, als es ihm, um die Situation nicht ganz verkehrt zu lassen, doch wenigstens als Widerstand desturierte. Den Staatsanwalt Lange aber schätzte einer der Verteidiger im Eingange seines Platzes mit den Worten aus Don Carlos ein: „Anders als sonst in Menschenköpfen muß sich in diesem Kopf die Welt.“ Und ein anderer Verteidiger konstatierte, daß ihm in seiner langen Praxis noch ein Staatsanwalt noch nicht vorgekommen sei.

Dieselbe Empfindung möchte auch vor nicht langer Zeit der Vorsitzende einer Strafammer haben, als er in öffentlicher Sitzung den fortwährend hämischen Herrn Lange also apostrophierte: „Unser Verein, die Sachen zu föhren, wird durch Ihr Verhalten nicht unterstützt, Herr Staatsanwalt!“

Die Stadt über Freiheit und materielle Güter, die der Staat seinen Untertanen in die Hand gibt, erfordert peinliche Gewissenhaftigkeit, mit der bei den Missionen vorzugehen ist. Da Lange diesen Anforderungen immer entsprochen hat, mag an einem Hause aus neuerer Zeit gezeigt werden. Während eines Strafverfahrens beschlagnahmte ein Polizei-Wagen im Werte von 1000 M. Den Antrag der Verfolgung auf Freilade lehnte er ab. Die Wagen verbarben. Herr Lange wurde auf Schadenersatz verklagt. Wenn auch das Gericht die Klage abwies, so gewann das Gericht doch an Bedeutsamkeit, daß die letzte Trophäe war, der das Geschäft zum Lieberlaufen brachte. Herr Lange mußte sich versehren lassen, denn seine Uhr war abgelaufen. Er schied unbeteckt auch von uns, denn seine agitatorische Tätigkeit für unsere Partei war in den letzten Jahren auf Null herabgesunken.

Münzausprägungen in Sachsen.

Zu den Muldenhütten bei Freiberg befindet sich die Königliche Münze, wo der sächsische Staat sein Geld prägt. Doch ist dort im Laufe der Jahre die Tätigkeit wesentlich eingeschränkt worden; sie war aber immer eine sehr schwankende. Am größten war die Produktion der sächsischen Münzhütte ein Jahr nach dem Inkrafttreten des jüngsten Münzgesetzes, im Jahre 1873. Da bezeichnete sich der Wert der ausgeprägten Münzen auf 28 863 480 M. Es wurden in diesem wie im vorhergehenden Jahre auf der sächsischen Münze nur Goldstücke ausgeprägt, wobei diese eben neu eingeführt worden waren. Seitdem ist die Ausprägung von Goldmünzen stark zurückgegangen, dagegen die von Scheidemünzen gestiegen. Soweit noch Goldmünzen in Sachsen geprägt werden, sind es zumeist 10 Pfennigstücke; nur 1894 und 1895 wie 1905 wurden noch Doppelstücken in den Muldenhütten hergestellt. In ersterem Jahre bezeichnete sich der Wert der ausgeschlagenen Goldmünzen noch auf 12 776 860 M., er fiel in den folgenden Jahren rasch, betrug 1895 2 263 000 M., stieg 1898 wieder auf 3 125 080 M. und sank 1902 auf 374 670 M., um 1905 zum letzten Male wieder auf 11 497 350 M. zu steigen. Seitdem wird Gold in der sächsischen Münze nur noch in beschleunigtem Umfang ausgeprägt. 1911 bezeichnete sich der Wert der ausgeschlagenen 10 Pfennigstücke nur noch auf 376 220 M.

Auch die Prägung der Silbermünzen ist zurückgegangen. In den neunziger Jahren wurden pro Jahr noch 300 000 bis 500 000 Stück 10 Pfennigstücke ausgeprägt. Damit hat es 1899, wo noch 50 000 Stück von der unhandlichen Silbermünze geschlagen wurden, ganz aufgehört. Dafür werden seit 1905 wieder Dreimarkstücke geprägt, und zwar 1911 581 250 Stück. Daneben in demselben Jahre noch 186 290 Zweimarkstücke, 737 613 Markstücke. Der Gesamtwert der ausgeprägten Silbermünzen erreichte 1907 mit 5 790 415 M. die größte Höhe und betrug 1911 3 041 845 M.

In Muldenhütten wurden 1911 ausgeprägt: 972 255 Fünfmarkstücke, 2 245 586 Deinfenningstücke und 1 770 000 Hundspfennigstücke. Der Gesamtwert des ausgeprägten Metallgutes betrug 588 122 M. An Rupfertmünzen wurden 1 132 500 Zweipfennigstücke und 5 230 919

Pfennigstücke geprägt, die einen Wert von 75 009 M. repräsentierten.

Alles in allem war der Wert aller in Sachsen ausgeprägten Münzen seit 1876 im Jahre 1905 mit 16 580 714 Mark am höchsten, er ist dann stark gesunken und beifürchtet sich 1911 noch auf 4 049 196 M. — Die Menge der Ausprägung dürfte aber weniger mit der Edelmetallproduktion in den Freiberger Hütten, die ja auch in Zukunft erhalten bleiben, als mit dem geschäftigen Geldbedarfe im Reiche zusammenhängen.

Verbandsversammlung der sächsischen Arbeitsnachweise.

Der im Jahre 1911 mit Unterstützung des Ministeriums des Innern gegründete Landesverband der öffentlichen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweise, dem gegenwärtig 21 städtische oder von Behörden und Vereinen unterstützte Arbeitsnachweise angehören, hält am 5. April d. J. in Chemnitz seine zweite Verbandsversammlung ab. Auf der Tagesordnung der Versammlung stehen neben geschäftlichen Fragen folgende Referate: Herr Professor Dr. G. Schleier in Jena wird über das Verhältnis der Facharbeitsnachweise zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen sprechen. Die Behandlung dieses Gegenstandes darf bei der starken Verbreitung der Facharbeitsnachweise in Sachsen das größte Interesse beanspruchen. An zweiter Stelle wird Herr Verbandsgeschäftsführer O. Reichwein in Leipzig das Thema „Arbeitsnachweis und Fürsorge für wandernde Arbeiter“ behandeln, wobei insbesondere die Frage der Wanderarbeitsstätten erörtert werden wird.

Auch eine Wahl.

Bei der Wahl eines Vertreters der Landwirtschaftlichen Vereinigung genossenschaft im Wahlbezirk für die Gemeinden Rötha, Schwarzenberg, Gräfenthal, Weida, Rötha, Lindenau, Oberlößnitz und Radebeul, für die mit Rücksicht auf die Größe des Bezirks eine Wahlzeit von vier Stunden angezeigt worden war, wurden vier Stimmen abgegeben, und zwar vom Wahlvorsteher, von seinem Stellvertreter und von den beiden Beisitzern.

Um zu wählen, ist also überhaupt kein Wähler an der Wahlstelle erschienen. Und die vier Wähler hätten wohl auch nicht abgestimmt, wenn sie nicht gerade als Wahlvorsichter usw. dagegenwären.

Leipzig. Gestern fand im Gelände der Internationalen Bauausstellung eine Beläufungsprobe zur Übernahme der Hirsch-Schwanzenberg-Brücke durch das Baudepartement der sächsischen Staatsbahnen statt. Die von Oberbaudirektor Dr. v. Emberger aus Wien projektierte Brücke von 45 Meter Spannweite überbrückt die viergleisige Hauptbahn und hat bei schärfster Eprobung die neue Bauweise glänzend bewährt. Die hier zum ersten Male angewandte österreichische Erfindung bereitete die Ausstellung um ein Projekt höchst fachlichen Interesses. Die amerikanisch-künstlerische Architektur entstammt dem Entwurf des bekannten Wiener Architekten Freiherrn d. Kraus. Das Bauwerk wird eine Zierde der Ausstellung sein und Österreich auch auf diesem Gebiete würdig repräsentieren.

Großsch. Den Stadtoberen lag der Entwurf einer Kinostaverordnung vor. Nach dem Vorschlag des Stadtrats sollte bei einem Eintrittspreis bis 25 Pf. die Steuer 3 Pf. bei einem Eintrittspreis von 25 bis 50 Pf. 5 Pf. und über 50 Pf. 10 Pf. betragen. Die Vorlage wird auch mit dem Übereinkommen der Kinotheater begründet, auch wird darauf hingewiesen, daß man in andern Orten bereits derartige Steuern eingeführt habe. Am übrigen ist die Vergründung sehr mager. Nach langer Debatte wurde die Ratsvorlage mit acht gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Im August vergangenen Jahres gestorben der 16 Jahre alte Schlosserjunge Max Schneider von einer amerikanischen Lufthautkrankheit herab. Er erlitt dabei so schwere Verlegungen, daß der Tod bald eintrat. Am Sonntag vormittag gegen 8 Uhr sind auf dem Postau-Lengfelder Bahnhofe bei der Einfahrt eines Güterzuges fünf Wagen entgleist. Der Betrieb konnte während der Dauer der Störung aufrecht erhalten werden. — Die Einweihung der Vorortse Borna und Zschitz nach Chemnitz konnte am 1. April noch nicht erfolgen, da sich nochmalige Verhandlung zwischen der Stadt und der Betriebsleitung erforderlich macht. Die Einweihung dieser Angelegenheit wird aber vorzüglichlich keine Schwierigkeiten bereiten, so daß die Einweihung doch noch in aller nächster Zeit stattfinden kann.

Stadt-Chronik.

Die Entwicklung der Görnerrei in Dresden.

Darüber macht Dr. Kurt Hofmann in einer fürstlich als Heft 8 der von Prof. Stiede-Leipzig herausgegebenen Volkswirtschaftlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Abhandlungen erschienenen Arbeit recht interessante Angaben. — Der geregelte Gartenbau ist in Deutschland im 8. und 9. Jahrhundert von den Benediktinermönchen eingeführt worden, die aus Italien Kulturpflanzen aller Art mitbrachten. Die Gartencultur wurde zuerst in den Klostergärten betrieben, von wo sie an die Höfe der Fürsten gelangte. Später haben die reichen städtischen Patrizier Brach- und Augsgärtchen angelegt. In Sachsen erlangte die Gartencultur erst eine Ausdeutung unter dem Kurfürsten August, der Gärten vom Auslande — von Antwerpen — kaufen ließ, wo der Gartenbau damals bereits eine hohe Stufe erreicht hatte. Später wurde ein Gärtner, Georg Winger, aus Nürnberg berufen, der in den Gärten des dortigen Patriziers Pfungstal gezeigt wurde. Auf den Gärten dieses Nürnberger Patriziers ließ der Kurfürst August im Jahre 1572 insgesamt 9000 junge geprägte Obstbäume kommen für seine Gärten in Dresden und Stolzen und für die Kämmerer Stolzen, Senftenberg, Döbeln und Bautzen. Der Kurfürst machte mit seinem Gartenbau auch ein gutes Geschäft. Er erzielte das sogenannte Obstbaumgeschäft, demzufolge jedes Brauplatz mit Landbesitz zwei Bäume vor der Hochzeit pflanzen und dann pflegen mußte. Der Nachfolger Augusts, Christian I., verlor allein im Jahre 1588 aus seinen Gärten 21000 junge Obstbäume zum Preis von 2 bis 2½ Groschen das Stück. Da dieses Geschäft noch bis in das 18. Jahrhundert hinein Gültigkeit hatte und da die Gültigkeit verloren ging, an die Kirchenhöfe alljährlich Bericht zu erläutern, läßt sich berechnen, wie die Obstbaumpflege nahm. August der Starke verordnete 1728 die Anpflanzung von Bäumen verschiedener Art und bestimmte, daß jeder bestehende Bauer vor oder in dem ersten Jahre seiner Ehe 6 Stück gute Bäume setzen solle. Von 1717 bis 1787 wurden allein 661 784 Stück solcher Hochzeitsbäume gepflanzt.

Der Gartenbau fand auf diese Art eine große Ausdehnung, und es entstand natürlich auch das Gebiet, die Grubukte des Gartens zu verkaufen. Zu den Grubukten in Dresden gefüllten sich die Obi- und Gemüsemarkt auf dem Altmarkt, die immer größer wurden. Über es wurde von der Stadt streng davor gewahrt, daß die Görnerer nur die in ihren Gärten selbst erbauten Früchte auf dem Markt feilhielten. So beflagten sich unter anderem die Wettelmüller von Dresden, die über die Grubukte des Gartens zu verkaufen. Zu den Grubukten in Dresden gefüllten sich die Obi- und Gemüsemarkt auf dem Altmarkt, die immer größer wurden. Über es wurde von der Stadt streng davor gewahrt, daß die Görnerer nur die in ihren Gärten selbst erbauten Früchte auf dem Markt feilhielten. So beflagten sich unter anderem die Wettelmüller von Dresden, die über die Grubukte des Gartens zu verkaufen.

als ob es ihnen in ihren Gärten gewachsen, feuer wieder verkauft haben sollen, welches dann einer Hölle nicht ungleich und daher bei uns von ermordeten Vierelmeistern um Ausfassung solches Nachbrauches ganz inständig angejedert worden.

In der Marktordnung vom Jahre 1803 war nämlich die „unartige und mitgebrächliche Hölle“ streng verboten, da sie die Kreise neigere. Aber schließlich unterzogen konnte man die Hölle nicht, weil, wie es in der Marktordnung heißt: „man ist auf Notfall, was man bedürftig erholen könnte.“ Trotz vieler Kämpfe blieben die Hölle im Schwange. Denn die Hauptlieferanten an Hölle des 18. Jahrhunderts 300 Gärtner in Dresden gegeben haben soll. Die kleinen Gärtner laufen nun den Bauern die Erzeugnisse im großen und „vergolderten“ je auf dem Altmarkt. Beispielsweise 1724 holten Dresdner Gärtner Gurken und Gemüse in Bohnen und Liebenau, um sie in Dresden zu verkaufen. Im Jahre 1777 soll es in Dresden 400 bis 600 Gärtner gegeben haben, und man konnte vereins Treib- und Mithilfe.

Nach der Zeitung vom 8. November 1911 gibt es in der Kreischaupolizei-Dresden am 1368 Gärtnerbetrieben, gegen 1057 in der Kreischaupolizei Leipzig, 1369 Bouche, 224 Chemnitz und 371 Zwickau, zusammen 3776, welche 17 180 Personen beschäftigen.

Dr. Hofmann macht auch Angaben über die heutige Lage der Gärtneriegehilfen, die Bedeutung deshalb verdienst, weil der Betreiber, wie er sagt, „persönliche Beziehungen zur Gärtnerie“ hat. Die Gehilfen haben in der Regel nicht mehr die Kost, wohl aber die Wohnung beim Gärtneriebetrieb, damit der „Betriebsinhaber... sein Personal zu jeder Zeit... rasch bei der Hand“ hat. Von diesen „Bewohnungen“ der Gehilfen sagt Dr. Hofmann, es müsse von den Betriebsinhabern „bedient werden“, für die Mieträume ihres Personals getan werden, „damit es sich wohl fühlt“ und nicht allzuviel „die von Hause aus gewohnte Ordnung und Reinlichkeit“ vermissen. So sei gerade in diesem Punkte jenseits der Gärtneriehaber sehr gefordert worden und Mieträume, die „sicher den Charakter eines Schuppens als den menschlicher Wohnung hatten“, seien bis in die neuere Zeit gar nicht selten anzutreffen gewesen.

Richt besser ist es mit der Entlohnung bestellt. Wer von den Gehilfen nicht gerade die Möglichkeit besitzt, sich später selbstständig zu machen, sagt Dr. Hofmann, oder durch den Besuch einer guten Gärtnerieanstalt sich eine bessere Position, eine Lebensstellung zu verschaffen weiß, für den bietet die Gärtnerie „unter den gegenwärtigen Wohnverhältnissen nur ein bedeckendes Auskommen“. Der Durchschnittslohn eines Gehilfen betrage bei freier Wohnung — wie diese aussicht, haben wir bereits erfahren? — 50 bis 60 M. im Monat; ohne Wohnung erhöhe sich der Zahn auf 70 bis 80 M. Die Zahl der Gehilfen, die nie einmal selbstständig machen werde, „dürfte aber sehr klein sein“; denn dazu gehörte meistens ein großes Kapital. Aber auch die Zahl der gut bezahlten Obergärtnerstellen werde nicht groß sein, so doch nur die Mehrzahl der Gehilfen mit dem geringen Zahn entscheiden würde — der Zahn also 15 M. bei langer, schwerer Arbeit! Und Dr. Hofmann, dessen Bruder Gärtnermeister (Paul Hofmann) in Dresden ist, sagt: Es ist deshalb das Betreiben der Gehilfenschaft, „zusammen herzuführen, die möglichst vielen Vertragsgenossen eine Lebensstellung als vorbereitete Gewissheit bieten, nur auf so fröhliche Art zu untersuchen“ — d. h. also, die Organisation der Gärtneriegehilfen!

Rationale Jugend-erziehung.

Die sächsische Regierung hat befannlich in den letzten Etat 100 000 M. pro Jahr zur Unterstützung der nationalen Jugendpflege eingestellt. Die Majorität der zweiten Kammer bewilligte diese Summe schlankweg gegen den Widerstand der Sozialdemokraten. Vor einigen Tagen wurde öffentlich zur Organisation der Vermödung der 100 000 M. aufgerufen. Wir haben an Beispielen aus Dresden wiederholt dargetan, welcher Art diese nationale Jugendpflege sehr häufig ist. Mit einem derartigen Falle können wir jetzt wieder dienen. Es wurde uns ein heftographiertes Blatt übermittelt, das folgenden Wortlaut hat:

Deutsches Jugenddorf Blau-weiß-blau Union.

Bat. 19, 5. Rump, Dresden.

Unionsbefehl: vom 28. März 1913.
An Meine Lieben Unionisten! Da sich die 5. Kompanie nicht an der Sächs. Schweiz-Tour des Bat. 19 beteiligt hat, die Berliner und Chemnitzer Kameraden Euch aber zu sehen wünschen, so erlöse ich folgenden Kompanie-Befehl: Alle Unionisten der 5. Rump. haben sich Sonntag den 30. März 1913 Punkt 8 Uhr am Arsenal in vollständiger Ausrüstung pünktlich zu versammeln. Nur rechtzeitige schriftliche Entschuldigung dient an mich kann Euch von einer Ordnungsstrafe (1 M.) entbinden.

Mitbringungen sind: 1. Tornister, 2. Mantel oder Cape (gerollt) mit Niemchen an 1. befestigt, 3. Patronentasche, 4. 20 Schuß Munition, 5. Revolver, 6. Brotkorb, 7. ein doppeltes Butterbrot, 8. Gelbstoff, 9. Gürtel. Vor allem aber saubere Ecken, funkelnde Rump.-Andöse und Tornisterhosen. Schanzzeug, Signalflaggen und Zeltbahnen nicht vergessen. Labet Brüder und Freunde ein! Sie sollen uns „Willkommen“ sein. Also ein jeder seine Pflicht und mache seinem Führer Ehre. Indem ich um rechte rege Beteiligung bitte, bin ich mit vielen Grüßen an Eure Eltern und mit einem guten „Frisch auf!“ Euer Oberfeldwart

Walter Schneider.

Der junge Mann, der diesen „Unionsbefehl“ an sein Volk erließ, und der seinen ganzen Stolz in „saubere Ecken“ und „funkelnde Knöpfe“ setzt, ist sehr, sich auf die Hosen zu setzen und etwas Ordentliches zu lernen. Das das sehr wichtig wäre, beweist schon der Titel und die Grammatik seines „Befehls“. — Mit solchen Befehlen und den dazu gehörigen Instrumenten ausgerüstet, zieht dann diese Bande hinaus, um friedliche Spaziergänger in ihrer Naturbeobachtung zu stören, und Felder und Wälder zu verwüstet. Klagen dieser Art sind in letzter Zeit wiederholt erhoben worden. Es ist ein Standort, dass staatliche Mittel, die aus den Taschen oller Steuerzahler fließen, zur Unterstützung solcher Militärischen „Auseinanderschlägen“ und funktlos vergeudet werden. Denn es ist hundert gegen eins zu wetten, daß dieses „Deutsche Jugendkorps“ nicht vergeblich um staatliche Subvention bittet würde. Die ersten redlichen Bemühungen der proletarischen und wirklichen Jugend erziehung aber werden obendrein in schlimmster Art gemäßigt und gebüttelt. Die Arbeiterveteranen mögen auch aus diesem Vorgang erkennen, daß ihre Kinder nicht in bürgerliche Jugendvereine irgendwelcher Art gehören!

Bistoria-Salon.

Das neue Programm beginnt sehr gut und leuchtig: mit klassierten Tänzen, die sich in allerhand graziösen, posierlichen Kunststücken zeigen. Aber die sind so harmlos schön, so gar nicht darstellerisch-sensationell, daß zwischen hinein einmal eins Taube durch brennende Reifen laufen mag. Auf dieser Linie abstoßender Sensationsmache halten sich leider mehrere Nummern des Programms. Voo-Voo, eine Tänzerin von indischen Typus, tanzt erotisch kombinierte Bauchtänze, deren Höhepunkt ihr Spiel mit einer mächtigen Schlange ist. Sie läßt sich von ihr urschlingen, windet sich mit ihr im Tanz,

läßt sie — dann ein Schrei und die Tänzerin mit dem bleichen Gesicht hat ein grell blutendes Gesicht, wie von einem mächtigen Schlangenzug. So wird das mystische Spiel zu einem platten Vaudeville mit Klischee. Ellen Barg zeigt sich in einem Mimodrama, das mit einem Word endet, und die Brüder Sante produzieren sich in einem gymnasialen Lustlauf, der ohne turnerische Leistungen ist und nur als Nerventitel wirkt. Da nimmt man dem wirklich auf, wenn sich zwischen diesen hohen Sensationsnummern solche unwürdige Darbietungen sehen lassen, wie Leopold Byron, der heitere, groleske musikalische Clown im alten Stil. Oder Karl Sedlmayr, der Münchner Komiker, der bayrische Bauerntypen auf die Beine stellt und mit guten wie schlechten, alten wie neuen Witzen ausstaltet. Auf dem Rödeau dieser gesunden Herberge hält sich der Gast vom Deutschen Theater in Berlin, Else Kupfer, eine Soubrette, in der sich burschikoser Humor mit sprühendem mimischen Temperament vereinen. Eine Nuance seiner gibt sich Maud Hawley, eine deutsch-amerikanische Vortragstänzerin mit schöner Figur und witzig-satirischem Repertoire, aber ohne die Stimmitel und komischen Talente, die Else Kupfer so faszinierend machen.

Zu nennen wären noch das gymnastische Potpourri von Till Abbott und ihrem Partner und die heitere kinematographische Schlußnummer.

Das halbautomatische Telefon.

Über den Betrieb des demnächst beginnenden neuen halbautomatischen Fernsprechapparates, durch den Dresden auf die Stufe der modernen Fernsprechtechnik gestellt wird (das neue System wird bekanntlich nur für den Ort eingeführt), möchten wir noch folgendes mitteilen: Die Kurzel am Apparate ist künftig nur im Verkehr mit den eigenen Nebenteilnehmern zu benutzen, soweit dies das Amt als notwendig bezeichnet. Somit genügt das Abnehmen des Hörers, der übrigens, um unnötige Meldungen des Rates zu verhindern, schnell an das Ohr geführt und vor dem nur dann vom Haken genommen werden sollte, wenn ein Anruftatsächlich beabsichtigt wird. Uebrigens besteht die Absicht, im Interesse einer gleichmäßig schnellen Abfertigung aller Teilnehmer im neuen Amt nur nach der Nummer zu verbinden. Die Teilnehmer werden deshalb gut tun, die verlangte Anschlußnummer vor dem Abnehmen des Hörers im Teilnehmerverzeichniß nachzuschlagen. Nach wie vor wird jedoch die Auskunftsstelle den Teilnehmern bei der Ermittlung ihrer unbekannter Anschlüsse geradlinig helfen. — Im Vorort-Verkehr und im Verkehr mit dem alten Amt sind einige Sondervorschriften zu beachten: Ist der gewünschte Teilnehmer noch an das alte Amt angegeschlossen, so sagt die Beamtin: „Ortsamt kommt!“ Bei Wiedergabe des Ortsamtes ist die gewünschte Anschlußnummer zu wiederholen. Bei Verbindungen nach den Vororten ist zunächst nur „Vorort“ zu verlangen. Der sich hierauf mit „Hier Ortsamt“ meldenden zweiten Beamtin sind die eigene Anschlußnummer und darauf der Name des Vororts und die gewünschte Anschlußnummer zu nennen. Auch im Nachtdienst (9 Uhr abends bis 7 Uhr früh) muß der Teilnehmer wie im Vorortverkehr zunächst die eigene Nummer nennen.

Zirkus Sarrafani lädt uns über die Aufmachung des „Wild-West“-Schaustücks noch folgendes mit: Eine Szenerie, die fast das gesamte Zirkusinnere in eine wilde feldläufigkeit verändert, wird dem Schauspiel als landschaftlicher Untergrund dienen, und alle szenischen Effekte werden losgelassen, alle technischen Möglichkeiten ausgebeutet. Wasser und Feuer spielen dabei die Hauptrolle. Wasser wird in gewaltigen Fontänen aus dem Erdreich sprudeln; Dammbrücke und Steinschläge bringen Sturzbäche in Bewegung, die Brüden und Häuer in die Tiefe schwimmen; die wilde Jagd der Rothäute und der Reiter geht mitten durchs Wasser; ein Schauspiel, das noch kein Zirkus in Dresden hat zeigen können. Dieses Zirkuschaustück wird ein ungeheures Aufgebot an Effekten bringen, dazu mehr als 100 Mitwirkende, darunter die führenden Springer, Schwimmer und Tänzer und circa 100 Pferde und Büffel. — Am Sonnabend den 5. April findet die Premiere dieses Schauspiels statt, das dann bis zum Schlusse der Spielzeit allabendlich gegeben werden wird. Sarrafani beklagt seine Dresdner Saison am Sonntag den 20. April. Telephonische Billettbestellungen werden ab 9 Uhr morgens vom Zirkusbüro gern entgegengenommen.

Stadtverordnetenamt am 3. April, abends 7 Uhr. Aus der Tagesordnung: Einrichtung öffentlicher elektrischer Beleuchtung in der Bistoriastraße, Verbesserung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung auf dem Silberplatz und an der Kreuzkirche und der Petroleumbeleuchtung auf der Waltherbrücke. Begründung von Beamtenstellen beim Betriebsamt. Lieberschreibung des Restes der im Jahre 1910 für die Aufwendungen aus Anlaß des Eintranges von Lustschiffen bewilligten Mittel. Rückschreiben des Rates wegen der abweichenden Verpflichtungen der Stadtverordneten zur Vorlage über die Gewährung von Mitteln zu städtische Beamte, Maßnahmen zur Lindenreihung des unter den geringer besetzten Angestellten und Arbeitern herrschenden Notstandes. Erhöhung der Beihilfe an den Allgemeinen Handwerkerverein zu Dresden für seine Fachschulen von 3600 M. auf 5000 M. Festlegung der für die Benutzung der Einrichtungen der städtischen Schwimmkanalisation zu zahlenden Gebühren auf die Jahre 1913 bis 1915. Ausschaffung von Transformatoren und Elektrizitätszählern, Errichtung eines Pflegerinnenheims beim Stadtkrankenhaus Johannisstadt. Feier des 100sten Todesstages Theodor Körnes. Übernahme der Dorotheenschule in städtische Verwaltung und die Errichtung einer 3. höheren Mädchenschule. Haushaltplan: Der Rat. Die Stadtverordneten, Pensionen, Wartegelder usw., Straßenreinigung, Straßen-Bespritzung und Schneebeseitigung, Schwimmkanalisation, Vieh- und Schlachthof, Markthallen, Sparlässe, Leihamt, Bergbau und Tilzung der Stadionleichen, Gefuch des Allgemeinen Grundbesitzer-Vereins in Vorstadt Cotta um den Ausbau der verlängerten Gröbelstraße. Abschluß eines Vertrags mit dem Staatsfiskus wegen Übernahme fiskalischen Strafen in städtisches Eigentum, Tendierung der Flüchtlingslinien der Kronprinzenstraße in den Vorstädten Löbtau und Cotta. — Geheime Sitzung.

Ein neuer Stadtverordnete. An Stelle des durch gebrauchten Stadtverordneten Sulzberger, der sich „beurkundet“ ließ, aus triftigen Gründen jedoch auf das Wiederkommen verzichtete, wird Herr Optiker Basimuth (Erzmann) in das Kollegium einzehen.

Internationales Ballonfahrt. Am Freitag den 4. April finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche

Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemalte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig bringt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nach-

richten sendet.

Im städtischen Krematorium sind im Monat März 50 Leichen verbrannt worden, 36 männliche und 24 weibliche. Insgesamt wurden seit Eröffnung der Anstalt 1049 Leichen eingeäschert.

Unfälle. Auf der Leipziger Straße geriet ein zahnschreder 15-jähriger Arbeitsjunge mit seinem Rad in das Straßenbahngleis; er stürzte und erlitt einen Bruch. Im Unfallwagen wurde der Verunglückte durch einen Aufseher des 9. Wohlfräserpolizeibezirks in das Krankenhaus gebracht. Auf der Leipziger Straße in der Nähe der Waldstraße starb ein Motorradfahrer und erlitt einen rechten Unterschenkelbruch. Auf seinem Wunsch wurde er im Krankenautomobil von der Wohlfräserpolizei nach seiner Wohnung in Radebeul gebracht.

Selbstmord. Vergiftet aufgefunden wurde in einem Gasthaus in Laubegast ein seit Sonnabend vermisster Kaufmann aus Leuben. Es liegt Selbstmord vor.

Unfälle. Auf dem Zusammengebrochen ist Dienstag abend auf der Ammonstrasse der etwa 20 Jahre alte Arbeiter Schulz an den Folgen eines Herzschlags. — Vermutlich wegen eines plötzlich eingetretene Unwohlseins starzte Dienstag abend auf dem Postplatz die Ehefrau des Dienstlers Bienert aus einem Straßenbahnwagen. Die schon ältere Frau trug mehrere Stunden am Kopf und an der rechten Hand davon. Nach Anlegung von Notverbänden brachte der Sohn seine betagte Mutter nach der am Wilden Mann gelegenen Wohnung.

Bezirk Striesen. Der Diskussionsabend der Genossen findet Donnerstag den 3. April im Jugendheim, Bergmannstraße 40, Untergeschoß, statt, nicht mehr Schlafethof. Lokalwechsel beachten!

Kaufmannsgericht.

Ein Glücks mit ihren Filialleiterinnen hat die Lebensmittelvertriebsgesellschaft m. b. H. Gebr. Braune. Die Filialleiterinnen hören vielleicht nach einiger Zeit mit einem gewissen Defizit auf, und das die gerichtlichen Feststellungen in den früheren Fällen können sie für das Defizit nicht oder nicht in vollem Umfang verantwortlich gemacht werden. So fragt auch jetzt wieder die Filialleiterin Wacker wegen 200 M. Kauftaxe und Auslagenforderung. Die Befragte erhob Widerlage wegen ca. 400 M. Defizit. Auch in diesem Falle ist ein Defizit zweifelsfrei gar nicht festzustellen, weil von der Firma keine richtige Inventur gemacht wurde. Die Firma behauptet, hierzu nicht die erforderlichen Beamten zu haben und die Reinigung, daß die Filialleiterin die Inventur selbst vornehmen müsse. Schon in einem früheren Prozeß wurde die Firma darum hingewiesen, daß sie mit solchen Ansichten nicht durchdringen könne. Auch diesmal ist das Gericht der Ansicht, daß das angebliche Defizit nicht nachgewiesen ist. Die Befragte wäre wahrscheinlich zur Zahlung verurteilt worden und hätte mit ihrer Widerlage abgewiesen werden müssen, wenn es nicht zu einem Vergleich auf Widerfuhrung gekommen wäre, wonach die Glücks 100 M. erhält und die Befragte ihre Haftforderung fallen läßt. (Vorsteher: Stadiamann Dr. Hößner. Grundsatzbesitzer: Buchhändler Höhler. Angestellter Beijer: Filialleiter Wacker.)

Aus der Umgebung.

Braunsdorf bei Tharandt. Man schreibt uns: Große Unwährenheiten wurden in bürgerlicher Gegend über die Konsumvereine, die Großraumausgesellschaft und deren Betriebe verbreitet. Bis Ende Februar war ein junger Mann aus unserem Ort bei der Großraumausgesellschaft in Frankenberg beschäftigt, das Arbeitsverhältnis wurde aber gelöst und er kam wieder nach Hause. Nun hat er Nachteiliges über den Frankenberg betriebe verbreitet, u. a. daß er unberechtigterweise entlassen worden sei, daß schlechtes Arbeitsmaterial verwendet würde, daß der Arbeiterausschuß seine Pflicht nicht erfüllt und daß auch nicht dürfe, o. o. bei Neuvergabe von Arbeitsplätzen vorwiegend weibliche Arbeitskräfte bevorzugt würden. Ganz besonders hat sich ein Herr, Bergarbeiter von Beru, darüber entrüstet und öffentlich zu Parteigenossen gewährt. Daraufhin nahm sich der örtliche Mitgliederausschuß des Konsumvereins Vorwärts veranlaßt, bei der Großraumausgesellschaft in Frankenberg über die Angelegenheit Erkundigungen einzuziehen. Wir wollen von einer Veröffentlichung der Antwort der Großraumausgesellschaft vorläufig absehen. Nur so viel sei gesagt, daß die Löhne nicht unter Tarif, sondern bis zu 20% über Tarif gezahlt werden. Die Mitglieder des Konsumvereins, die Interesse an der Antwort der Großraumausgesellschaft haben, können sie beim Obmann des Mitgliederausschusses einholen. Sollte es nötig sein, werden die Schriftstücke veröffentlicht.

Dobritz. Donnerstag den 3. April öffentliche Gemeinderaffärtigung abends 8 Uhr im Sitzungszimmer, Gasthof. Wichtigste Lagesordnung!

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Eine rohe Stiefmutter.

Die Amtsgerichtsfran Anna Warlich Schubert hatte neben ihren zwei Kindern auch noch das dreijährige außereheliche Mädchen Charlotte Neuhart, ein Kind ihres Mannes, mit in Pflege. Durch Beschäfte und grausame Quälereien wurde sie dieses Kind das Leben aus. Nicht nur, daß das Kind bei jeder Gelegenheit geplagt wurde, sondern es fand auch bei den einfacheren und natürlichen Vergnügungen keine Hilfe und Unterstützung. Als das Kind zur Angelsetzung kam, war es reinlich und ordentlich gewöhnt, aber durch die Vernachlässigung wurde es unsauber. Es mußte viele Treppen herunter, um seine Bedürfnisse abzulegen, wenn es geschlagen wurde und war ganz verzweifelt. Von dem Juxen der Nachbarskleinkinder in allen Häusern, wo Schubert gewohnt hat, ist dieses Kind nicht mit zum Spielen auf die Straße oder in den Garten gekommen. Am 26. Oktober wohnte die Familie Schubert in der Biegelstraße Nr. 12. Dort haben am Vormittag die unter ihr wohnenden Leute einen großen Krach und dann das Bimmern eines Kindesgehäuschen gehört. Das Kind ist an diesem Tage derart wütend geworden, daß es einen Oberchristian Feuer gebracht hat. Trotzdem hat das Kind nicht scheuen dürfen, die Angelsetzung hat sich auch zunächst nicht zum Krat getraut. Am 20. Oktober, wo das Kind schon schwärzblau wurde, ging die Schubert mit dem Kind zum Hofrat Dr. Reinke, der sofort den Oberchristian konstatierte und die Überführung in die Heilanstalt bat. Die Wohlfräserpolizei erst erzwungen müssen, nachdem der Arzt Weibusch

gemaßt hatte. Vom Schöffengericht wurde seinerzeit die Schubert wegen Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingereicht. Nach dem Urteil des Sachverständigen ist der Bruch beobachtet durch einen Ort und Stelle eingeschlossene Gewalt. Die Art der Mutter, mit dem Kind in Bezug genommen, wie sie von demselben verlangt, trotz des gebrochenen Schenkels die Treppen zu steigen, bezeichnete den Sachverständigen als Grausamkeit. Dabei waren die Antworten der Angeklagten ohne jedes Gefühl, roh und erblos. Man merkte es den verhandelnden Richter an, daß er vor Erregung über die unsägliche Rücksicht an der äußersten Grenze seiner Verantwortung angelangt war, genau so ging es dem Sachverständigen und dem Publikum. Der Vater des Kindes war auch sonst noch mit blauen, grünen und gelben Flecken bedeckt. Der Chemist der Angeklagten führte aus, daß er allerdings meist nicht zu Hause wäre, aber seine Frau verfehlte mit dem Kind nie Liebe. Auf die Frage des Vorstehenden, wo denn da die gelben und blauen Flecke auf dem kleinen Kind verblieben, wußte er keine Antwort zu geben. Das Gericht hob das erste Urteil auf und erkannte auf zehn Monate Gefängnis. Zu der Urteilstreitigung wurde ausgeführt, daß das Verurteilungsgericht wohl zu denselben Feststellungen gekommen ist wie die erste Anklage, aber es habe sie anders beurteilt. Die Angeklagte habe das Kind um Lohn, Lust und Leben gebracht, habe es im ständigen Durch vor Misshandlung gehalten und sei selbst schuld, wenn die kleine Tochter keine natürlichen Funktionen nicht verlebt hätte. Sie habe sich einer lebensgefährlichen Bedrohung schuldig gemacht, deshalb müsse die Strafe bedeutend erhöht werden.

Schöffengericht.

Wege Nahrungsmittelversicherung.

mühte sich der Bäckermeyer Franz May Schmidt verantworten. Der Angeklagte betreibt seit 1910 auf dem Neubertstrasse eine Bäckerei und hat eine große Plage mit Ratten und Mäusen, die sich unter dem Holzfußboden eingenistet haben. Dort freuen sie sich durch und benagen in der Meißlumme die Weißflocke. Der Angeklagte soll nun das auf dem Fußboden gefischte Weißflocke, in dem sich Knochen von Ratten und Mäusen befand und das teilweise am Boden festgetreten war, durchgesetzt und zum Boden bewendet haben. So behauptet es wenigstens ein Gehilfe, der angeblich das Weißflocke mühete, obwohl er den Meister wiederholt auf das Ungültigkeit dieses Verfahrens aufmerksam gemacht hatte. Der Meister soll dann aber erwidert haben, er könne in 14 Tagen bankrott machen, wenn er das Weißflocke nicht mit verwenden möchte. Der Angeklagte bestreitet das entschieden. Ein früher bei ihm beschäftigter Gehilfe bestreite, daß er nie etwas Verdächtiges geschehen habe. Da der als Leistungsgesetz auftretende Gehilfe das Weißflocke nach seinem Angabe auf Geheis des Meisters zum Boden verwendete, ließ ihn das Gericht wegen des Verdachts der Missetat schieden. Damit war auch bei dem Leugnen des Angeklagten der Schuldbeweis unmöglich und der Bäckermeyer wurde freigesprochen.

Rosenthal.

Der Arbeiter Hermann Richard Jordan war im vergangenen Winter längere Zeit arbeitslos. Seine geringen Paravitteln waren bald aufgebraucht und er stand Ende Februar ohne alle Existenzmittel da. Da entwendete er einem Kutscher aus dessen Koffert eine alte Taschenuhr, die er für 2 M. verkaufte. Zur das Geld kaufte er sich Lebensmittel. Da er in Not gehandelt hat und es sich um ein zu großes Objekt handelt, liegt ein Rosenthaler im Sinne von § 286 des Strafgesetzbuchs vor. Das Gericht erkannte trotzdem auf eine Woche Gefängnis, weil der Angeklagte einige Vorstrafen hat.

Der Arbeiter Arvid Willi Georgi wurde am 26. März aus der Provinz Straße aufgegriffen. Auch dieser Angeklagte war längere Zeit ohne Arbeit. Von geringen Sparvorräten schützte er notdürftig sein Tasche und logierte im Auto und in Herbergen. Aber seine wenigen Pfennige reichten nicht lange. Am Abend des 18. März war es kalt und regnerisch draußen. Der Arbeiter fühlte sich unwohl und hingestiegen. Da konnte er der Verführung nicht widerstehen, in eine von ihm früher oft besuchte Kaffeeklasse einzutreten und sich im 24 Pfennig Kaffee und Kuchen vertrinken zu lassen. Er verließ dann ohne Bezahlung und machte sich dadurch des Hochvertragswiderstands. Es liegt ein Auftrag im Sinne von § 244 des Strafgesetzbuches vor und es wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt, die als verbüßt gelten.

Diebstahl unter Scheitern.

Der Reisende Ladenheim war bei der Teppichfirma Sterer instellung und hatte einen Koffer mit Deden erhalten. Sein Bruder war gleichfalls dort als Reisender beschäftigt und wohnte mal bei ihm. Beide Kofferlager standen in der Küche. Frau E. war einmal in Geldversteigerung, während ihr Mann Frank war und ihr Schwager sich auf Reisen befand. Sie nahm deshalb von jedem Kofferlager eine Decke vom Wert von 15 M. und verkaufte sie, um sich vorübergehend zu helfen. Da die Mutter Eigentümer der Firma Sterer waren, wurde Frau E. wegen Diebstahl zum Rosenthaler dieser Firma angeklagt. Die Angeklagte macht nun gestand, sie habe nicht gewußt, daß die Deden der Firma gehörten, sondern sie habe sie für Eigentum ihres Mannes gehalten — auch die Mutter ihres Schwagers, da beide nicht von einander zu unterscheiden waren. Daher habe sie auch ihrem Mann eine Mitteilung von dem Verlust der Deden gemacht. Der Inhaber der Firma Sterer bestätigte auch, daß die Angeklagte schon bei der ersten Haussuchung hier damit verhaftet hätte. Uebrigens hat der Zeuge kein Interesse an einer Verurteilung, sondern steht auf dem vernünftigen Standpunkt, daß ihm die Verwendung der Deden gleichzeitig kein kann. Was an den Müttern fehlt, dafür werde die Reisende einfach belastet. Trotzdem ist das Gericht der Ansicht, daß ein Diebstahl vorliegt, doch sei nach der unwiderrücklichen Behauptung der Angeklagten nur ein solcher gegenüber ihrem Ehemann beachtigt gewesen. Da Diebstahl unter Scheitern straflos ist, mußte die Angeklagte freigesprochen werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Banarbeiterverband im Jahre 1912.

Von den Jahresabschlüssen der Zentralverbände dürfte der des Banarbeiterverbandes nicht nur deswegen besonderes Interesse finden, weil dieser Verband die zweitgrößte unter den gewerkschaftlichen Organisationen unseres Landes ist, sondern auch wegen der gegenwärtigen Bewegung, deren Ausgang naturgemäß nicht weniger von der Organisationsmacht beeinflußt wird. Im Jahre 1911 hatte sich die neue Organisation wahrscheinlich entschieden. Die verschiedenen Hoffnungen waren übertritten worden. Im Jahre 1912 hat der Verband diesen Aussicht fortgesetzt. Die Mitgliederzahl ist weiter gewachsen, das Verhältnis hat sich weiter beträchtlich verschoben. Allerdings hat die Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Jahre nicht so lange angehalten und ist infolgedessen nicht so groß gewesen wie im Jahre 1911. Darin äußerte sich die im Juli und August eingetretene Verminderung der Banarbeiter, die von da an bis zum Jahresende angehalten hat. Am Schlusse des Jahres 1911 zählte der Verband 295 688 Mitglieder. Diese Zahl erhöhte sich im ersten Halbjahr auf 344 725, also um 49 037, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß davon 10 300 auf den ehemaligen Verband der Stoffstalliere entfallen, der am 1. Januar 1912 zum Banarbeiterverband übertrat. Im dritten Quartal äußerten sich nun die Wirkungen der abschwärenden Banarbeiter, der Banarbeiter erfuhr eine starke Hemmung, die Mitgliederzahl sank zwar noch weiter, aber nur auf 345 413, also um 3088. Das vierte Quartal brachte dann in jedem Winter zu steigenden Rückgang, der sich aus der Abwanderung großer Massen von Banarbeitern aus den Arbeitsgebieten in ihre Wohnorte erklärt. Zum Teil sind es Ausländer (Städter, Wohmen), die für einige Monate das Verbandsgebiet verlassen, zum größten Teil jedoch deutsche Banarbeiter, die mit dem

Ausscheiden aus dem Bauertum auch zugleich die Mitgliedschaft zum Bauarbeiterverband aufgaben. Manche von ihnen treten zu anderen Verbänden über, der größte Teil geht der Organisation verloren und kehrt erst im Frühjahr wieder zurück, wenn die Bauarbeit allgemein wieder aufgenommen wird. Erfreulicherweise scheint dieser Rückgang jetzt schwächer zu werden. Im Berichtsjahr betrug er, bei einer Mitgliederzahl von 331 165 am Jahresende 17 248, also 5 Prozent, während er früher in den Organisationen der Männer und Bauhilfsarbeiter oft 15 und selbst 20 Prozent betragen hat.

Die Mitgliederzahl stieg vom Jahresende 1911 bis zum Jahresende 1912 von 295 688 auf 331 165, also um 35 477, und im Jahresdurchschnitt von 290 136 im Jahre 1911 auf 335 561 im Jahre 1912, also um 45 425, wobei immer zu beachten ist, daß davon 10 300 auf die übergetretenen Stoffstalliere entfallen.

Seit dem zweiten Vierteljahr 1912 wird festgestellt, welchen Berufsgruppen die Mitglieder angehören. Der Verband unterscheidet sich, nämlich: 1. Maurer, 2. Fliesenleger und Terrazzoarbeiter, 3. Pflaster, 4. Stoffstalliere, 5. Zement- und Betonarbeiter, 6. Polizier und Steinholzleger, 7. Bauhilfsarbeiter, 8. Erdarbeiter. Nach den Zahlen am Jahresende ergibt sich folgendes Verhältnis:

Maurer	180 158	- 57,20 Prozent
Fliesenleger und Terrazzoarbeiter	2 174	- 0,67
Pflaster	2 885	- 0,80
Stoffstalliere	10 329	- 3,15
Zement- und Betonarbeiter	4 579	- 1,42
Steinholzleger	1 279	- 0,39
Bauhilfsarbeiter	110 500	- 33,14
Erdarbeiter	10 261	- 3,13

Von den 21 Bezirken des Verbandes haben 20 eine Mitgliedszunahme; der Bezirk Südbayern eine Abnahme von 1083. Dieser Bezirk hatte im Jahre 1911 eine ganz außergewöhnliche Zunahme; jetzt ist die Bauaktivität in den beiden Hauptstädten München und Augsburg sehr zurückgegangen, und daher die Abnahme. Die nächsten Sitzungen weisen die Bezirke Dresden, Leipzig, Berlin und Ostpreußen auf.

Die Ressortbehörden haben sich, wie schon bemerkt, sehr gut entwickelt, die besten Hoffnungen sind in dieser Hinsicht übertrifft. Die Ausweizervereine nahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern 7 722 383 M. ein. Dazu kommen noch die Einnahmen der Hauptstellen aus den Beiträgen der Einzelmitglieder, aus den Zinsen des belegten Geldes, die 360 285 M. betragen, der Hauptkassenbestand des Stoffstallierverbandes im Bericht von 221 873 M. und einige Hundert Mark sonstige Einnahmen. Von den Ausgaben seien die Hauptposten genannt: für Rechtschutz, Gemeindegegenstände, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung insgesamt 1 082 297 M., für Streiks im Gewerbe 737 900 M., Agitation 291 452 M. (vorgestellter Vorschlag mit 1755 gegen 7 Stimmen die Fortsetzung des Ausschlusses beschlossen).

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der freien organisierten ausländischen Arbeiterarbeiter in Krefeld wurde in geheimer Abstimmung mit 1755 gegen 7 Stimmen die Fortsetzung des Ausschlusses beschlossen.

Verbandes jene Gehilfen, die man gern mit ausgespart hätte, damit das hohe Ziel des Kampfes erreicht werde, nämlich: den Kampfsoldaten des Maier-Verbandes aufzuhören. Doch viele Unternehmer sträuben sich, bei dem freien Kampfe mitzuhalten.

Rechnet man die vom Unternehmer-Verband ausgeführten Arbeitslosen und Nebensarbeiter von seinen 36 150 ab, so verbleiben 16 143 wertlich ausgesparte, also ungefähr genau so viel, wie die Gehilfen-Verbande auch angeben. Das Zahlenmandat des Unternehmer-Verbandes ist danach etwas grober Unzug, der dazu dienen soll, die Öffentlichkeit ebenso wie die Maierarbeiter gewöhnlich zu täuschen.

Sozialbewegungen.

(Württemberg) ist ein Streik der Schneider und Spinner ausgebrochen. Es wird dringend um Fernhaltung des Zugangs erachtet.

Die Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer im Oberhessisch Gründlitz hatten Lohnforderungen eingereicht. Es hatte erst den Anschein, als wenn mit den Unternehmern eine Einigung erzielt werden könnte. Wohlhabend haben die Unternehmer aber die Verhandlung abgebrochen. Die Antwort der Arbeiter auf dieses eigenartige Vorgehen der Unternehmer war, daß alle die Arbeit einzustellen. — Zugang von Bauhilfsarbeitern, Maurern und Zimmerern ist streng fernzuhalten.

Der Streik in den Baumschulen in Elmshorn (Holstein) wurde erfolgreich durch Verhandlungen beendet. In den vier betroffenen Firmen wurden Tarifverträge abgeschlossen, die eine sofortige Erhöhung der Stundenlöhne um 2 und 3 Pf. nach halbjähriger Beschäftigung eine nochmalige Erhöhung von 2 Pf. bringen. — In Dortmund sind die Forderungen bis auf sechs Firmen mit 13 Beschäftigten befriedigt. — In Essen a. R. sind ebenfalls die Forderungen in allen Firmen bis auf zwei, über die die Sparte verhängt ist, durchgesetzt. — In Bremen dauert der Streik unverändert fort. — In Köln, Solingen und Königswinter in Preußen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, dagegen sind in Dresden die Verhandlungen mit den Unternehmen als geschlossen anzusehen; für die nächsten Tage ist ein Streik der Landwirtschaftler zu erwarten. — In Berlin werden die Mindestlöhne in den Handelsgärtnereien so eingestellt, daß am 12. April der Streik beginnt.

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der freien organisierten ausländischen Arbeiterarbeiter in Krefeld wurde in geheimer Abstimmung mit 1755 gegen 7 Stimmen die Fortsetzung des Ausschlusses beschlossen.

Parteiangelegenheiten.

Franz Diederich

Überredet in diesen Tagen nach Berlin, um gemeinsam mit dem Genossen Döhrer die Feuerwehrabteilung des Zentralorgans unserer Partei zu führen. Die Dresdner Parteigenossen und im besonderen die Kollegen der Redaktion schen mit herzlichem Bedauern einen Genossen aus unserem Kreise geliebt, der zehn Jahre hindurch als treiflicher Kamerad und aufopferungsvoller Kampfgenosse mit uns gearbeitet hat.

Es ist eine überaus reiche und fruchtbare Arbeit, die Diederich in dieser stattlichen Reihe der Jahre vollbracht. Er setzt seine gründliche und vielseitige Bildung, seine bedeutenden schriftstellerischen und dichterischen Fähigkeiten, seine tiefsinnliche Begeisterung, seine ganze leidvolle Persönlichkeit unermüdlich dafür ein, daß der Dresdner Arbeiterbewegung ein Unterhaltungsblatt hohen Stiles zugetragen wird, aus dem das Bildungsbüro des Proletariats unermäßigt schöpfen konnte. Wenn wir heute nur ein wenig in den statlichen Hahnenköpfen von Leben, Wissen, Kunst, Gardeblättern, so erfüllt uns hohe Anerkennung für die große Hingabe, die Diederich in seine Tätigkeit legte, und für die mannigfachen Erfolge, die aus seiner Arbeit herangereift sind. Es ist auch allgemein anerkannt, daß das von Diederich redigierte Blatt innerhalb der deutschen Parteipresse mit die allererste Stelle gewonnen und festgehalten hat.

Diederich hat einen beharrlichen Krieg geführt gegen alle Seichtigkeiten und flüssigeren Widerwärtigkeiten, wie sie von der Menge der bürgerlichen Blätter in seigem Entgegenkommen an die Tageswünsche als Unterhaltungsstoff geboten werden. Genauso aber überredet sich sein schlichtgefundenes Wesen, bei aller liebevollen Verfestigung in jegliche neue Strömung der Literatur und der Künste, stets den Auswüchsen des Überhöhtestentums, daß die Kunst dem Mutterboden des Volkes entzündet. Diederich hat sich klar und beharrlich die Aufgabe gestellt, der Arbeiterschaft das Beste zu vermitteln, alles Starke und Lampenfackeln in den Schöpfungen der vergangenen und gegenwärtigen Meister ihr angänglich zu machen.

Auf diese Verfestigung bin ich haben wir festgestellt, daß Oberhaupt nicht in der Bayrischer Gegend Maurer gefunden, sondern in dem Orte Ludwig in der Mark Brandenburg. Es sind auch auf dem 9. März d. J. nach dort gesandte Schreiberei Kollegen nach hier gekommen, um als Arbeitswillige bei Rosenthal eingestellt zu werden. Diese wurden aber von unseren Streitposten rechtzeitig angehalten und haben anderweitig Arbeit angenommen.

Begehrte! Der Bayrische Direktor ist es, daß er Leute nach hier kommen läßt, ohne sie vorher in Kenntnis zu setzen, daß sie auf einem gesperrten Bau eingestellt werden sollten. Der Vorstand,

Bauarbeiter!

Der Neubau des Herrn Baumeister Höglitz, Riedersfeld, Augsburger Straße, gilt wegen Verlegung des Zuges als gesperrt.

Bauarbeiter-Verband.

Inland.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Die Zahl der im Kampfe stehenden Mitglieder des Maler-Verbandes ist nach dessen soeben zusammengestellten Erstattungen vom 29. März auch in der vergangenen Woche weiter zurückgegangen. Während die Ausgesperrten (einfachlich der Streikenden und Arbeitslosen) am 15. März 15 770 betragt, sank sie bis 22. März auf 15 501, und am 29. März betrug sie noch 14 905. Und dieser Rückgang um 596 seit dem 22. März ist eingetreten, trotzdem der Maler-Verband selbst zahlreiche Betriebe stillgelegt und die Hälfte des Unternehmer-Verbandes verzweifte Anstrengungen macht, mit dem schlimmsten Terrorismus auf nicht ausgesperrnde Unternehmer einzutreten.

Die einzelnen Gebiete sind gegenwärtig noch wie folgt beteiligt: Berlin, Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Bozen und Schlesien zählen 356 Ausgesperrte, Hessen-Nassau und Darmstadt 1970, Nordwestdeutschland 3557, Rheinland-Westfalen 1432, Königreich und Provinz Sachsen und Thüringen 2367, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen 1002 und Sachsen zeigt 991 Ausgesperrte auf.

Der Unternehmer-Verband erläutert jetzt eine offizielle Erklärung, in der er von 36 150 Ausgesperrten fabuliert. Obwohl er nun die oben aufgeführten Zahlen des Maler-Verbandes als aus den Fingern gezogen bezeichnet, gibt er selbst zu, daß sich in seiner Zahl von 36 150 Ausgesperrten 8207 Gehilfen befinden, die angeblich den betroffenen Arbeitern unterstehen haben. Abgesehen davon, daß die leiste Helfer viel zu hoch geschätzt ist, kann wohl sehr vernünftiger Mensch die in den Betrieben ruhig weiter Arbeitenden als ausgesperrt bezeichnen, und die 11 800 Arbeitenden befinden natürlich auch nur in den Phantasien des Unternehmer-Verbandes, denn der Maler-Verband stellt nur rund 2000 fest, und der mag es doch wissen, weil er die Arbeitslosen mit unterstellt, also diese sich bei ihm sämtlich melden. Danach mögten rund 8000 unorganisierte Arbeitslose vorhanden sein; das aber glaubt den Unternehmern kein Mensch. In Wahrheit sind bis 11 800 Arbeitenden des Unternehmer-

Kl. 11. 4 u. 8 Uhr. Täglich 8.20 Uhr

Tymians Thalia-Theater
Trierer Str. 6. Tel. 4890
Montag 3. Vorstellungen: 11. 4 u. 8 Uhr. Zum
Festspielkabinett 20 u. 30 Pf. Eintritt. Donnerst., Samstag
Vorzugsk. Woch. u. Sonnt. nachm. gültig.

KIOS



Der Protest der Dresdner Arbeiterschaft gegen den Rüstungswahn.

In neuwölbten Versammlungen protestierte gestern die Dresdner Arbeiterschaft gegen die neuen, alles bisher Dagewesene übersteigenden Rüstungsforderungen. Der Verlauf der Versammlungen bewies, daß die Arbeiterschaft und die mit ihren Bestrebungen imposanteren Kreise der Bevölkerung fülltes Blut bewahrt haben und sich ebensoviel durch den künftlich aufgeweiteten Regierungstumel des Jubiläumsjahrs noch durch die Hysterieen der Prozentpatronen gegen das Ausland auch nur im geringsten von ihrer unerbittlichen Regierung gegen den vollen und füllungsreichen Militarismus abringen lassen. Es ist erhebend und bezeichnend, und kennzeichnet ausgezeichnet die Situation, daß die Sozialdemokratie e. g. in diesem Falle allein der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Seltung verschafft. Sie wird durch ihr kraftvolles Eintreten für den Frieden wieder zahllose neue Anhänger gewinnen in all den Kreisen, deren Sinne nicht durch den chauvinistisch-nationalistischen Geisthauch unreißbar umnebelt sind. Die Dresdner Arbeiterschaft hat durch ihre Protestation bewiesen, daß sie den festen Willen hat, mit ihren Klassengenossen im In- und Auslande den Kapitalismus und alle seine Auswirkungen, zu denen auch der Militarismus gehört, zu bekämpfen bis zum vollen Siege der Vernunft und Gerechtigkeit. Dieses Gelübde leuchtete aus den Augen der Versammlungsbesucher, das wurde bestätigt durch die einmütige und begeisterte Zustimmung zu den Ausführungen der Referenten und das bewies die einmütige Annahme der Resolution in allen Versammlungen. Unter den Versammlungsbesuchern befanden sich erfreulicherweise auch viele Frauen und man sah auch manchen Besucher aus anderen Kreisen. Veyner meldeten sich nur in einigen Versammlungen zum Wort. Ihre schwülen Versuche, den Referenten entgegenzutreten und die Notwendigkeit der Rüstungen zu beweisen, fielen auf sehr unfruchtbaren Boden. Rieder mit dem Auge, nie mit dem Militarismus, der den Völkern das Mark aus den Knochen saugt! Wahr frei für Kultur und Fortschritt! Das war die Stimmung, die die Massen besetzte.

Holgende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen:

Die Versammlung protestiert mit größter Entschiedenheit gegen die neue Militärvorlage, durch die dem Rüstungsmännchen zum Schaden der allgemeinen Kulturlinien des Volkes ahdern in der unerhörten Weise Vorhaben geleistet werden soll. Wenn die herrschende Stütze die neueren wahnwitzigen Forderungen des die Volkstrafe vermutenden Militarismus mit den Ergebnissen des Weltkrieges zu begründen versucht, so ist die Versammlung der entgegengesetzten Meinung, daß gerade die Greuel dieses Krieges jeden vernünftigen Menschen veranlassen müssen, zu fordern, daß den Rüstungen mit aller Energie entgegengewirkt werden muß. Neue Rüstungen verhindern die Kriegsgefahr.

Die Sozialdemokratie darf sich mit Recht als Vorbücherin des deutschen Volkes betrachten, wenn sie erklärt, daß die Vollmajoren mit überwältigender Mehrheit den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen. Um den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker und den Fortschritt der Demokratie auf allen Gebieten zu sichern, fordert die Sozialdemokratie, daß alle Streitigkeiten zwischen den Völkern schiedsgerichtlich geschlichtet werden. Sie fordert weiter die Beseitigung des stehenden Heeres, das eine tote Bedrohung der Nationen bildet, und an dessen Stelle die Einführung einer Vollmacht auf demokratischer Grundlage, die nur den Landesverteidigung dienen hat. Wenn aber trotz seines entschlossenen Widerstandes dem Volke neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie entschieden dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten nur auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden. — Die Sozialisten aller Länder werden mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unerlässlichen Militarismus, gegen den landesverwüstenden Krieg, für die gegenwärtige Verbündigung, für den dauernden Völkerfrieden.

Die Arbeiterschaft verzichtet sich aus diesem Grunde auf neue, für die Stärkung ihrer Organisationen und die Verbreitung ihrer Presse zu sorgen.

Holgende Berichte über den Verlauf der einzelnen Versammlungen gingen aus zu:

Zu der Reichskrone referierte vor vollbesetztem Saale der Reichstagabgeordnete des 4. Wahlkreises, Genosse August Rader. Rader bespricht die Heeresforderungen. Huldigt den angeblichen Patriotismus der bessenden Klassen, der ja diesmal auf eine Probe gestellt werden soll durch die Lösung der Dedungfrage. Besonders krassiert er dabei, daß man bei der Einhebung des Wehrbeitrags nicht die Proportion durchgeführt habe. Die Reichsritter, die erst durch ihre Lieferungen Millionen verdient haben, brauchen genau wie die Leute mit 10000 R. Vermüller auch nur 1/2 Prozent zu bezahlen. Er legte Viele wie immer wieder die breite Masse des Volkes Blut und Güter zu tragen haben. Von einer wirklichen Heeresreform, Schaffung des Volksheeres und damit Demobilisierung des Heeres, Aushebung der Privilegien läuft nichts zu merken. Dafür trete nur die Sozialdemokratie ein. Rader geht dann auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien ein, die wahrscheinlich alle Forderungen des Militarismus bewilligen und nur bei der Dedungfrage in die Haare geraten werden. Das Volk und seine Vertreter, die Sozialdemokratie, werden aber erklären: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Brausender Beifall bewies, daß unter Abgeordneten allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. In einem kurzen Schlusssatz forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, für Organisation und Presse zu agieren, und schloß dann die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Im großen Saale des Deutschen Kaiser's in Dresden referierte vor etwa 1500 Personen Genosse Reichstagabgeordneter Jacob L. Plauen i. R. In 1½ stündigen Ausführungen kennzeichnete er die neue Wehrvorlage und den Militarismus mit seinen unerbittlichen Tendenzen. Er weist auf die Folgen dieses Rüstungsfiebers hin, die mit Sicherheit eine Katastrophe herbeizählen müssen, und geholt mit aller Schärfe das Verhalten der bürgerlichen Parteien, besonders der Liberalen. Im Gegenzug zu diesen wütenden Treibereien hob Rader die Forderung der Sozialdemokratie hervor: An Stelle des stehenden Heeres die Volkswehr. An Beispiele aus der Geschichte beweist Rader die Überlegenheit und damit die Notwendigkeit dieses Systems. Diese demokratische Form der Landesverteidigung würde einen Angriffskrieg unmöglich machen, aber auch feindliche Nationen hindern, aggressiv gegen Deutschland vorzugehen. Mit der Rüstforderung, die Organisation der Arbeiterschaft zu stärken, schloß der Rader unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen. Da niemand das Wort begehrte, wurde die verfasste Resolution einstimmig angenommen. Nach dem Appell an die Versammlungen, für die Beschreibung unserer Volkszeitung zu sorgen und in Halle einer eventl. Reichstagsaufsicht auf dem Posten zu sein, schloß der Vorsitzende Genosse Eggert die auch von Freunden gut besuchte Versammlung mit einem lebhaft aufgenommenen dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Im dichtbesetzten Saal des Kristallpalastes sprach der Reichstagabgeordnete von Dresden-Elsleben, Genosse Dr. Grabenauer. Der Referent beleuchtete eingehend die ganze unerheblichkeit der bestimmen Heeresforderungen, die alles, was bisher von den deutschen Regierungen gefordert wurde, gewißlich übertrafen und bis zum anderen Ende des Erdballs zu weitgehenden Rüstungen Veranlassung gegeben haben. Eingehend bestreitete Grabenauer die Stellung

der bürgerlichen Parteien zu der Heeres- und der Dedungsvorlage und brandmarkte scharf unter lebhafter Zustimmung der Versammlungen die verbrecherischen Kriegsgeherren der reaktionären Presse, die sich nicht gescheut habe, trotz der schrecklichen Folgen, die ein Krieg zwischen modernen Staaten für Land und Bewohner mit sich bringen müsse, zum Kriege zu führen, um die reaktionären und chauvinistischen Instinkte aufzupeitschen. Unter begeisterten Zustimmung der Versammlung schloß Rader die Sozialdemokratie als die einzige Partei, die ernsthaft für Frieden und Kultur eintrete, während alle bürgerlichen Parteien sich dem Militarismus beugen. Die Sozialdemokratie werde trotz des künftigen Kriegs- und Kompromissstaates in den sich in diesem Jahre die bürgerliche Welt versetzt, ihren großen und erhabenen Idealen treu bleiben und das ungeheurelle Werk rüsten, bestreiten, getreu ihrem Schlagwort, Krieg dem Kriege!

Debatte fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann schloß der Vorsitzende Genosse Jungnickel mit einem kräftigen Schlusssatz die Versammlung.

Genosse Landtagabgeordneter Kleinhans referierte in der Ruienballe. Saal und Galerien waren dicht gefüllt. Jamalsartigen Worten, oft von stürmischem Beifall begleitet, krassierte Rader die chauvinistischen Treiber unter liberalen. Eine derartige Heeresvermehrung wie die diesmalige stehe in der Geschichte des Deutschen Reiches einzig da. Die wahnwitzige Folge des Beträufens macht sich bereits durch Gegenstösse anderer Staaten bemerkbar. Das deutsche Volk protestiert gegen diesen menschenverdierenden Krieg, der blühende Städte und Länder in rauchende Trümmerhaufen verwandelt. Der Referent macht den Versammelten eingehend klar, welch ungeheure Kosten dem deutschen Volk die neue Heeresvorlage bringt. Es wird dem Volke vorgetragen, die neue Heeresförderung bringe den Frieden zurück, zur allgemeinen Wehrpflicht. Dabei hält man an dem Einzugsprivileg fest. Den Panzerplattenfabrikanten und Armeelieferanten liefern durch diese Rüstungen wieder ungeheure Summen in die Taschen. Das internationale Proletariat hat bereits seine wahrnde Stimme erhöhen lassen und wird eher ruhen, bis die heutige Gesellschaftsordnung durch eine freie menschenwürdige erlegt ist. Ist es nicht ein Hohn, wenn in der Reichshauptstadt Zwischen, die für Deutschlands Größe geschaffen haben, Hungers sterben. Der Sozialismus ist der Friedensbringer, er wird die Menschheit von der Keule des Krieges befreien. Es wird der Tag kommen, wo machtvoll der Ruf erkönnt: Bis hierher und nicht weiter! Beobachtete Brava begleitete die ausgedehnten Ausführungen des Referenten. Die vorgelegte Resolution wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Appell und einem dreifachen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß die gut verlaufene Versammlung.

In Hammers Hotel in Striesen sprach vor einem dichtgefüllten Saale Reichstagabg. Schmidt-Meihen. Er verließ durch seine vor trefflichen Ausführungen die Anwesenden zu fesseln, so daß seine Rede öfters durch lebhafte Beifallstundgebungen unterbrochen wurde. Vor allem wies der Referent darauf hin, daß durch fortgesetzte Hetzerien des Wehrvereins, der bürgerlichen Presse, der Panzerplattenpatronen und einiger daran interessierten Personen die Rüstungen zum Wahnsinn gezeigt würden. Die breite Masse habe die Kosten an Gut und Blut zu tragen. Daß diese wahnwitzigen Rüstungen den Frieden zwischen den Nationen aufs äußerste gefährdeten, beweite der Viderhall, den diese neue Rüstungsvorlage in anderen Staaten gefunden habe. Die Proletarier haben alle Ursache, diesen Wahnsinn der herrschenden Klassen mit aller Energie zurückzuweisen und dies kann nur durch eine lädierte Strafe Zulammenschließung der proletarischen Massen geschehen, indem sie sich der Sozialdemokratie anschließen. Unter nicht entbehrliebem Beifall schloß Rader seine Ausführungen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Raststätte sprach zunächst ein gewisser H. Schneider, anscheinend Arbeiter, im Sinne des Referenten. Als zweiter Diskussionsredner sprach ein Herr Zeidler. Er wandte sich gegen die Ausführungen des Referenten. Seine Einwendungen wurden aber unter lebhaftem Beifall der Versammelten vom Referenten frisch widerlegt. Im Schlusssatz riefte der Referent noch einige ansehnliche Worte an die Versammelten. Unter dem Hinweise, das Gehörte zu beherzigen, unsere Organisationen zu stärken und die Arbeiterpresse zu lesen, schloß der Vorsitzende ¼ 11 Uhr die impostiv verlaufene Versammlung.

Zu der Reichskrone hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Zu Beginn der Versammlung ließen Arbeitssänger ein Kampflied erklingen. Das Referat über: „Die neuen Heeresordnungen“ hatte Reichstagabgeordneter Genosse Rader übernommen. Ausgehend von der Frage, wen hat Deutschland eigentlich zu fürchten, daß es zu rüsten muss, wies Rader auf die Friedensfundgebungen des internationalen Proletariats hin. Durch unterschiedlichste Rüstungen seien sich die anderen Nationen veranlaßt, dasselbe zu tun; und das Resultat nimmt kein Ende. Noch sind die neuen Rüstungen nicht bewältigt, und schon weiß der General Rader noch, daß die jetzige Vorlage noch große Lücken aufweist. Rader ging noch näher auf die Heeresvorlage und deren Kostenbedeutung ein. Nachdem er noch auf die vermeintlichen Folgen eines Krieges hingewiesen, empfahl er die Schaffung eines demokratischen Volksheeres. Die Sozialdemokratie, die gegen die neuen Rüstungen mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht kämpft, allein für die wahre Verteidigung des Vaterlandes. Keiner Beifall folgte den Ausführungen. Gegen die vorgelegte Resolution erfolgte kein Widertrug. Nach einer Aufzehrung des Vorsitzenden Genossen Rätscher, die Schätzreihen der Sozialdemokratie zu stören, ging die Versammlung unter einem Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Geiste des Internationalen zusammen.

Zu Leuben. Im Saale des Gasthofes referierte Landtagsabgeordneter Genosse Rader in 1½ stündiger Rede unter lebhaftem Beifall der Versammlungen. An der Hand des Verlaufs des Weltkrieges, der ja als Grund für die neue Militärvorlage herhalten muß, schärfte Rader die Schärfen eines modernen Krieges, um dann in eindrücklicher Weise die ungeheurelichen Heeresforderungen im „Osterjahr“ zu sprechen, die auch den andern Großstädten zu umfangreichen Rüstungsplänen Veranlassung gegeben haben. Kräftig geißelte der Referent das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen, immer neue Heeresforderungen durchzusetzen, während die Kulturaufgaben leiden und für den Aufbau der Sozialreform kein Geld da sei, die Kriegsindustrien hingegen mißt. Rader begründete dann das Verhalten der bürgerlichen Presse und die Amtsbehörden der sogenannten Wehrvereine. Die ganze Regierungskunst der jemalligen Reichsregierung scheine lediglich darin zu bestehen

Der große Faßspielerprozeß Stollmann u. Genossen.

Hg. Berlin, 1. April.

Es wird in der Verhandlung über die weiteren Fälle, die von der Anklage zur Illustration herangezogen werden, fortgefahren. Ein jüngerer aktiver Offizier hatte auf der Weltausstellung in Brüssel einen angeblichen Kunstdieb Raab und durch diesen Kramer unter dem Namen "v. Gilbert" sowie einen unbekannten Dritten in Ostende kennen gelernt und beim "Säufeln" 9500 M. verloren. Auch er ist überzeugt, daß ihm in den Wein etwas hinzugesetzt worden sei; er hatte nachher den ganzen Tag bestiges Erbrechen. Der Verteidiger betwirft darauf, daß es in Ostende eine typische Krankheit gebe, die sich am zweiten Tage des Badens einstelle und die "Ostendalse" genannt werde. Zeuge erklärt, daß ihm das unbekannt sei. Gegenüber dem Zeugen Schel, der in der Nähe von Salzburg größere Beziehungen und eine Brauerei hat, hat Kramer von einem Mädchen namens Woll, das er seit seiner Frau ausgab, eine Beziehung zu einer Wechsel zur Abfindung der Moll 10.000 M. Nach einem Jahre schied die Moll an den Zeugen, daß die Beziehungen zu ihm nicht ohne Folgen geblieben seien und sie einen operativen Eingriff machen wolle. Nachdem Zeuge der Moll 1.500 M. geschüttet hatte, suchte sie ihn in Salzburg auf und erklärte, daß ihre Mutter einen Skandal herbeiführen wolle, indem sie Anzeige gegen den Zeugen wegen Beihilfe zur Abteilung zu erhalten beabsichtigt. Daß plötzlich hinzugekommene Kramer erbot sich, zu vermitteln und die Sache gegen Abfindung von 36.000 Kronen, für welche Summe der Zeuge jedoch Wechsel ausstellte, aus der Welt zu schaffen. Diese Wechsel hat Zeuge bisher nicht bezahlt, da sie inzwischen bei dem bekannten Handelsrecht in Düsseldorf beschlagnahmt worden sind. Der Zeuge Baron Goston de Fourcauld, ein früherer französischer Offizier, der jetzt als Kaufmann in Paris lebt, befürchtet, daß Stollmann als Herr v. Rödig seit 1906 keine, da seine Frau eine Jugendfreundin der jetzigen Frau Stollmann ist. Stollmann habe an ihr einmal 35.000 Franc verloren und am nächsten Tage das bezahlt. In einem Club habe ein Unbekannter viel verloren und Stollmann habe von diesem einen in deutscher Sprache aufgestellten Wechsel über 80.000 Franc übernommen, für den er einen größeren Betrag auszahlte. Der Zeuge erkennt den

aus der Haft vorgesetzten, wegen Faßspiels im vorigen Jahre verurteilten Rumänen Bujes, der sich allerdings inzwischen sehr verändert hat, nicht wieder. Stollmann erklärt, daß er auch Bujes heute nicht wieder erkennen würde, so sehr hätte er sich im Gefängnis verändert. Zeuge Bujes (mit seinem rumänischen Adjunkt ausruhend): Ja, ich habe verloren 23 Kilo, meine Herzen, seitdem ich schwachte im Gefängnis unschuldig! (Vorleser) Bujes wird später noch aufklärend vernommen werden. — Interesse erregte die Vernehmung des Direktors und Blaugraphikers Schneider von der Luftverkehrsgesellschaft in Berlin, der Niemela 1911 in Paris und auf dem Flugplatz in Chalon kennengelernt, wo der Zeuge eine Fliegerfachschule leitete. Niemela habe ein eigenes Auto und einen Chauffeur mit Goldketten gehabt. Es sei sehr luxuriös aufgetreten und man habe nicht recht gewußt, welche Stellung er in Deutschland einnehme. Niemela habe mehrere ausländische Offiziere, die auf der Fliegerfachschule ausgebildet wurden, zum Spiel verleitet und einen italienischen Offizier, wie dieser dem Zeugen nachher erzählte, in weniger Minuten 500 Franc abgenommen. Der Offizier habe gleich vermutet, daß es nicht richtig zugesangen sei. Zeuge hat auch gehört, daß Niemela nicht mehr nach Paris kommen dürfte, weil dort auch etwas vorgekommen sei. Auch die französischen Fliegeroffiziere hätten sich geweckt, mit ihm gesellschaftlich zu verkehren und zu spielen. Niemela und sein Verteidiger erklärten, daß es sich hier nur um Nebledereien handele, die entstanden seien, nachdem in Frankreich bekannt geworden sei, daß gegen Niemela ein Strafverfahren in Deutschland eingeleitet sei. Der Vorlesende hält Niemela entspannt, doch auch die französische Regierung ihm das Vertragen des Spielflugs unterstellt habe und daß er in Paris auf der Liste der Faßspieler geführt werde. Niemela führt auch darin auf die Redaktion des Kriminalamts in Paris auf; bis dahin hält man ihn in Frankreich auf das freundschaftliche behandelt. Gerade die Flugplazgesellschaft habe ihn noch im August 1911 engagieren wollen, wofür er sich auf das Zeugnis des Hauptmanns Delacroix beruft. Außerdem noch ein Kaufmanns Berater aus Goslar befindet hat, daß Stollmann an überitalienischen Winen mit einem Betrage von 90.000 bis 100.000 M. beteiligt gewesen sei und zwielos daraus erheblichen Gewinn gezogen habe, wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt.

Neues aus aller Welt.

Unglücksfälle im Girela.

Berlin, 2. April. Am Mittwoch Schumann kam es gestern zu verschiedenen Unglücksfällen. Hundschwanz wurde ein Reiter von einem Pferde gerissen, zu Boden gerissen und durch die Manöver geschleift. Es trug aber nur Hautabschürfungen davon. Bei der Attraktion des Abends stürzte einer der beiden Träger, die sich in einer Höhe von 15 Meter in einer Art Seil in im Kreise drehen, und blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen. Schließlich wurden bei der Produktion der zehn chinesischen Gußläden zwei Chinesen, die an einem hochgespannten Seil mit den Händen zu Boden glichen, schwer verletzt.

Schlafmord eines Arztes.

Berlin, 1. April. Durch ein schweres Rettungsdecken ist der 31 Jahre alte Arzt Dr. Sachs vom Pharmakologischen Institut in der Dorothystraße in den Tod getrieben worden. Dr. Sachs versetzte sich in seinem Arbeitszimmer im Institut mit einer Dose Dosis Pantall und wurde von seinem hier weilenden Bruder, dem Professor Hans Sachs aus Frankfurt a. M., tot am Fußboden liegend aufgefunden. Der junge Arzt hatte wegen des Rettungsdeckens schon wiederholt ein Sanatorium aussuchen müssen.

Familientragödie.

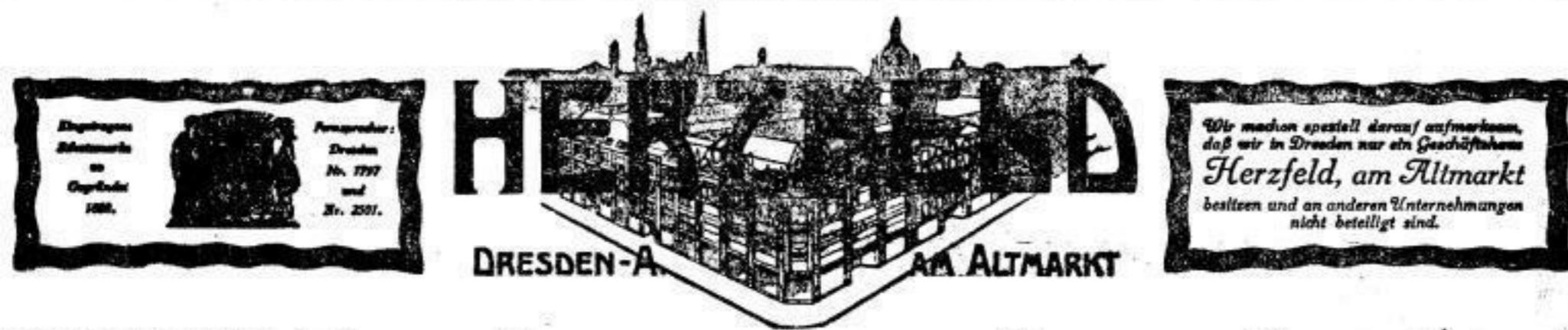
Worms, 1. April. Gestern nachmittag begaben sich die Geschäftsführer Peder aus Brixen mit einem Gefährte nach dem Krankenhaus, um ihre dort schwerkrank liegenderweise Mutter zu besuchen. Unterwegs scheiterten die Herde. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt. Inzwischen ist auch die Mutter im Krankenhaus gestorben.

Automobilunglück.

Trier, 1. April. Ein mit Rüsselgummi befeiste Kraftwagen rannte bei Trierdorf gegen einen Baum und wurde zerstört. Die vier Insassen wurden schwer verletzt.

Woch.

Rauchbeuren, 1. April. In Weiß bei Weißbach erfolgte heute nacht ein Einbrecher den Privatmann A. Huber mit einer Axt, auch die Frau wurde von ihm schwer verletzt. Von dem Einbrecher fehlt bis jetzt jede Spur.



Donnerstag, den 3. April
Freitag . . . den 4. April
Samstag, den 5. April
Montag . . . den 7. April
Dienstag . . . den 8. April

Lebensmittel extra billig!

Frisches Fleisch

Rindfleisch:

Oberschale . . .	Pfd. 1,00
Bratenfleisch . . .	90,-
Hochrippo . . .	90,-
Kamm . . .	90,-
Oehnsbrust . . .	75,-
Querrippe . . .	70,-
Goulaschfleisch . . .	90,-
Beastfett ohne Knochen 1,40, m. Kn. . .	1,10

Halbfleisch:

Kotelett . . .	1,10
Kalbdrückenstück . . .	1,00
Kalbaniers . . .	1,00
Kalbbrust . . .	90,-
Blatt . . .	90,-
Kamm . . .	90,-

Schweinefleisch:

Karree . . .	1,10
Keule . . .	90,-
Schulter . . .	90,-
Bauch . . .	80,-
Speck . . .	80,-
Fökel-Karree . . .	1,10
Fökel-Fleisch . . .	90,-

Hammelfleisch:

Keule . . .	1,00
Rücken . . .	95,-
Blitz . . .	90,-
Kamm . . .	90,-
Bauch . . .	80,-

Primärschweinschmalz

Primärschweinschmalz . . .	85,-
----------------------------	------

Feinste Puddingpulver

Erdbeer, Himbeer, Vanille, Schokol., Mandel 20 Pakete, sortiert . . .	95,-
nach Wahl . . .	35,-

Fleisch u. Wurst

Casseler Rippenspeier . . .

Pfd. 1,20, 1,10

Rauchfleisch, prima mager . . .

Pfd. 95,-

Speck, prachtvoller dicker . . .

" 88,-

Rollschinken, gek. o. Kn., 5—10 Pfd. . .

" 14,-

Rollschinken, roh o. Kn., 5—10 Pfd. . .

" 14,-

Filet-Lachserschinken, 1—3 Pfd., im ganz . . .

" 21,-

Schninken, feinster gekochter . . .

" 15,-

Schninken, feinster roher . . .

" 15,-

Lachserschinken, sogen. Pariser . . .

" 60,-

Kälbchen, täglich frisch . . .

" 55,-

Schweinebraten, täglich frisch . . .

" 55,-

Pökelpaten, täglich frisch . . .

" 55,-

Cervelatwurst, ia Holsteiner . . .

" 1,48

Salamiwurst, ia Holsteiner . . .

" 1,48

Cervelatwurst, ia Thüringer . . .

" 1,85

Salami, ia Thüringer . . .

" 1,85

gegen
einem
gepflegt.
ktion des
höhe von
mit schwerer
Produktion
nem hoch-
verlegt.

In der
Institut in
Goda den
inneren Räten
über, dem
u. haben
müssen des
gen müssen.

Geschäft
raus, um
en. Unter-
dem Wagen
Wattier im

Strohhaufen
entstehen,

en eröffnet
t einer
dem Jahr

MÖBEL

kauft man
siedigen, modern, billig und kulant
Sietze
2 Grunaer Strasse 2
1. Einge, direkt am Pirn. Platz.

1 Kleiderschrank	mit	1 Kleiderschrank	mit
1 Bettstalle		1 Waschschrank	
1 Spiegel		1 Spiegelschrank	
1 Tisch		1 Bettstalle m. Matr.	
2 Stühle		1 Sofa	
1 Küchenstisch		2 Stühle	
1 Küchenstuhl	bis 15	1 Küchenstisch	bis 50
M. Anz.		1 Küchenstuhl	M. Anz.
Wochenaus nur 2 M.		Wochenaus nur 3 M.	
10% sofortige Entfernung		10% sofortige Entfernung	
10% auf Ratenzahlung.		Gratis bei jedem Kauf	Wirtschaftsgeschenke
In grosser Auswahl:			
Einzelne Möbel			
Teppiche, Gardinen, Portieren			
Stores, Tisch- und Bettdecken			
Chaiselongue- u. Steppdecken			

Trabant - Fahrräder
In Qualität überauslich!
Eleganter Bau! Leichter Lauf!
Komplettes neues Fahrrad
mit Garantie - Pneumatische von
M. 38.70 an.
Trabant-Räder M. 55, 65, 75, 85,
Saulmantel von M. 1.50 an
Sattelblende von M. 1.40 an
mit Jahres-Garantie:
Saulmantel . . . nur M. 4.50
Sattelblende . . . nur M. 3.20
Original-Continental- u. Dunlop-
Pneumatiks . . . viele Originale
Metallene-Satzenen v. M. 1.45
Celi-Satzenen von 60 Pf. an
Gehärdeteiten Et. v. 90 Pf. an
Pedale Saar von 90 Pf. an
Schwabische Gagn. v. 65 Pf.
Luftpumpen . . . von 47 Pf. an
Sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel
Verlangen Sie kostenlos meinen
reich illustrierten Katalog! Ludwig
Philipssohn, Dresden
Hauptgeschäft (Fabrikgebäude):
Augsburger Straße 78 (Striezen)
Stadt-Gerlaus-niederlage:
Schulstraße 28, I.
Reparaturen prompt u. billig!

Nur Galeriestrasse 11,
 Nähe des Klimarktes
kaufen Sie von Herrn **Kleider**
kaufen wenig getr.
teils auf Seide
Kleidungs u. Überziehen v. M. 10 an
Schuhe . . . v. M. 2 an
Süberbetten . . . v. M. 10 an
Neue Kleidung aus gut. Stoff von
M. 15 an. Neue Schuhwaren und
Rinder-Garderobe im jed. Preisrange
Schuh- u. Brackenläge v. M. 15 an
auch zu verleihen.
Elegante Kostüme . . . v. M. 10 an
einfache Blusen, Röcke v. M. 2 an
einfachste Kleider in jed. Preisrange
D. Langer. Tel. 19122.

Aepfel
getrocknete Pflaumen
empfiehlt billig [B. 845]
Obsttafeln, Terrassenpflanzen
Original-Continental-Lager und dem besten Preislauf. Gummier mit
der besten Marke Continental. Gestanz ausgestattet, hochwertige
Ausstattung. 1 Jahr reelle Garantie auf Obst, Preislauf,
Wandt und Terrasse, das Stück nur 63 Pf. Billigste Bezugspunkt
für Händler, verläuft (Katalog gratis) [B. 883]

Krausses Fahrradhaus, Freiberger Str. 128
am Crispinplatz.



E. PASCHKY
Villnöher Str. 14 Tel. 8102 | Plotenbaustr. 24 Tel. 8870
Münzstraße 4 Tel. 2267 | Wettinerstr. 17 Tel. 1695
Bismarckplatz 13 Tel. 4162 | Rosenthal. 43 Tel. 1785
Eingang Hindenaustraße | Großstr. 27 Tel. 4596
Zöllnerstr. 12 Tel. 2806 | Torgauer Str. 10 Tel. 1559
Biemerstr. 11 Tel. 4871 | Trompeterstr. 5 Tel. 2987
Wartbauer Str. 14 Tel. 4050 | Bleisewitzerstr. 11 Tel. 4114
Kontore und Lagerloren: Wölflestr. 1. Tel. 1694.

Mächtige Fänge

haben die Dampfer soeben wieder angebracht.
Besonders preiswert sind:

Seelaehs , „Helg.“, ohne Kopf	12
in großen Portionsfischen . . .	Pfund 8 Pf.
Kabeljau , „Helgol.“	16
prachtvoller, 1-8 pfundige	Pfund 8 Pf.
Seebrassen , ohne Kopf, sehr delikat, etwa 2-	18
pfundige . . .	Pfund 8 Pf.
Seeforellen , vorzüglich zart im Geschmack	20
Pfund 8 Pf.	
Seehecht , „Helg.“, hochfeiner, etwa 8-12 pfund.	25
Pfund 8 Pf.	
Schellfisch , ohne Kopf	25
in ff. großen Fischen . . .	Pfund 8 Pf.
Schellfisch , „Helgol.“	28
mittelgroßer . . .	Pfund 8 Pf.
Anständig gedrückte Kochrezepte gratis.	
Von täglich frischer Münzung:	
Fettköklinge , extra große	3 Stück 18 Pf.
die große Dabnfische, etwa 28 Stück, 118 Pf.	
Bei 5 Fischen a 112 Pf., 10 Fischen a 110 Pf., 25 Fischen a 105 Pf.	
ff. echte Kieler Sprotten . . .	1/4 Pfund
ff. echte Kieler Seebrassen . . .	1/4 Pfund
ff. ger. Schellfisch . . .	1/2 Pfund
Hochfeiner Specksalat, gewürzt starker	Pfund 120 Pf.
Brotliste 12.25 M.	
Stromlachs , mild u. fettliegend, in dicken Portions-	
ständen . . .	Pfund 120 Pf.
in fleischigen Hälfen von etwa 7 Pfund . . .	Pfund 115 Pf.
L 212] Versand prompt gegen Nachnahme.	

Waggon Fahrräder

200 Stück aus besten nähelosen Stahlrohren, mit Innentönung
Original-Glossen-Lager und dem besten Preislauf. Gummier mit
der besten Marke Continental. Gestanz ausgestattet, hochwertige
Ausstattung. 1 Jahr reelle Garantie auf Obst, Preislauf,
Wandt und Terrasse, das Stück nur 63 Pf. Billigste Bezugspunkt
für Händler, verläuft (Katalog gratis) [B. 883]

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Wir empfehlen
in zuverlässig gutkochenden Qualitäten:
Neue Linsen

Pfund 20, 25 und 30 Pf.	Pfund 20 Pf.
Beste ungarische weiße Bohnen	24
Beste gesäuerte glaciert 1/2, Erbsen	30
Beste gesäuerte glaciert 1/2, Erbsen	20
Feinste Goldhirse	22
Mittelfeine Graupen	22
Beste thüringischer Grisch, fein und stark	24
Beste Buchweizengrüne, stark und fein,	Pfund 25 und 30 Pf.
Bestes Roggenmehl 0	Pfund 17 Pf.

Beste Salzschnittbohnen Pfund 20 Pf.

Wir machen auch auf die von uns seit Jahren mit größtem, sich unausgesetzte
steigerndem Erfolg zum Verkauf gebrachten

Nudel-Fabrikate

und den renommiertesten Fabriken aufmerksam und empfehlen:

Allerfeinste Bandnudeln mit Eierzusatz Pfund 40 Pf.

Hennigers Eiernudeln . . .	Pfund 50 Pf.	Fadennudeln, fein u. stark . . .	Pfund 40 Pf.
Eiergruppen . . .	Pfund 45 Pf.	Figurennudeln . . .	Pfund 40 Pf.
Eiersuppen-Einlagen 1/4 Pf. . .	Pfund 16 Pf.	Graupennudeln . . .	Pfund 40 Pf.

Nudeln und Makaronis von Rivoire & Carret, Mühlhausen

Marke „Drei Stern“, Pfund 65 und 70 Pf.

Knorrs Makaroni Pfund 50 Pf.

Konsum-Makaroni . . .	Pfund 85 Pf.	Makaroni-Schoten . . .	Pfund 44 Pf.
Makaroni „Anker“ . . .	Pfund 45 Pf.	Makaroni „Storeh“ . . .	Pfund 50 Pf.

Eier - Makaroni

als besonders gut und vorteilhaft bestehend zu empfehlen
1/2-Pfund-Basket 25 Pf. — 1-Pfund-Basket 50 Pf.

Dr. Klopfers Hausmacher-Nudeln u. Makaroni

„nahrhaft wie Fleisch“, Pfund 50 Pf.

Frisch geschlagenes Leinöl

vom besten Wohlgeschmack, sehr billig: Pfund 50 Pf.

Beste holländische und schottische Butterheringe

fett und saft, Stück 6, 8 und 10 Pf.
nur grobe milchene: Stück 12 Pf.

Beste Liegnitzer saure Gurken

Stück 5, 7 und 8 Pf.

Sehr feine Gewürzgurken

Allerfeinste Garniergurken (Cornichons)

Sehr wohlschmeidende Senfgurken

Beste Speisezwiebeln

Vorzügliches Sauerkraut . . .

Pfund 30 Pf. Pfund 50 Pf. Pfund 50 Pf. Pfund 5 Pf.

Pfund 6 Pf.

Garantiert reines Speckfett

mit Griechen, Pfund 100 Pf.

Schweineschmalz, garantiert reines . . . Pfund 88 Pf.

Geräucherter, dicker, fetter Speck . . . Pfund 100 Pf.

Allerfeinste Molkerei-Tafelbutter

und feinste Zischbutter

billiger geworden: Pfund 140 n. 150 Pf.

Frische große Eier

Stück nur 6 Pf. Mandel 88 Pf.

Auf vorstehende billige Preise gewähren wir noch

6 Prozent Rabatt in Marken

was wir wohl zu beachten bitten, denn es lohnt bei Weile mehr demnach netto ohne Rabatt

Allerfeinste Molkereitafelbutter nur Pfund 141 Pf.

Feinste Zischbutter nur Pfund 132 Pf.

Frische große Eier, Mandel nur 88 Pf. Sped, Pfund nur 94 Pf.

